

**Materialien zur aktuellen
bildungspolitischen Diskussion**

Die Diskussion um die Schulstruktur

**Eine Sammlung von Berichten und Aufsätzen
aus dem **GGG-fesch**-Info**

Impressum

GGG konkret Nr. 07

(Neudruck der 1. Auflage Mai 1992)

Herausgeber: Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesverband der
Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.

Redaktion: Jürgen Theis

*Beiträge bitte ein-
senden an:* **Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.**
Huckarder Str. 12
44147 Dortmund
Telefon: (0231) 14 80 11
Fax: (0231) 14 79 42
E-Mail: GGG-NRW@dokom.net

Erscheinungsweise: **GGG konkret** erscheint nach Bedarf,
in der Regel einmal jährlich.

Verleger: Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesverband der
Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.
Huckarder Str. 12
44147 Dortmund
Internet: <http://www.GGG-NRW.de/>
E-Mail: GGG-NRW@dokom.net

Preis: 2,00 €

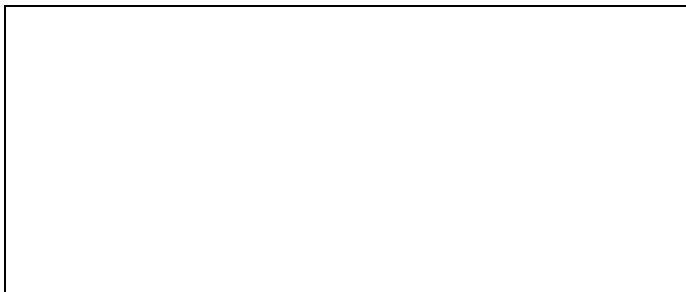
Ausgabe: August 2005

GGG im Internet!

Seit Mitte Juni 1996 sind aktuelle und nützliche Informationen aus den Gesamtschulen und für Gesamtschulen unter der folgenden Adresse im Internet erreichbar:

www.ggg-nrw.de

GGG-Landesverband NRW (Arbeitskreis Gesamtschule in NRW e.V.),
Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund



INHALT

<i>Pressemitteilung der GGG</i>	
Verwirrung um „Zweigliedrigkeit“ -----	2
<i>Anne Ratzki</i>	
„Bildung für das Jahr 2000“-----	4
<i>Brigitte Speth</i>	
Hurrelmanns „Zwei-Wege-Modell“-----	7
<i>Hans Frey</i>	
Schule 2000 - human, sozial, leistungsstark und qualifiziert -----	10
<i>A. Erlenwein/U. Thünken</i>	
Schulstrukturprobleme in Deutschland -----	14
<i>Sigrid Beer, Paderborn</i>	
Offener Brief an Gaby Behler-----	22
<i>Klaus Hurrelman, Universität Bielefeld</i>	
Wie geht es weiter mit der Entwicklung der Gesamtschulen?-----	24
<i>Anne Ratzki</i>	
Stellungnahme zur Entgegnung von Klaus Hurrelmann-----	27
<i>Anne Ratzki</i>	
Schule 2000 - Eine Reise in die nahe Zukunft-----	30
<i>Reiner Scholz</i>	
Abschied vom einsamen Lehrer und früher Auslese-----	35
<i>Ernst Rösner</i>	
Sieben Feststellungen und sieben Vorschläge -----	40
Beitrittserklärung -----	43

Die Diskussion um die Schulstruktur

Pressemitteilung der GGG

Verwirrung um „Zweigliedrigkeit“

Vor einer Verwirrung der Begriffe warnt die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) im Zusammenhang mit der Diskussion um die „Zweigliedrigkeit“.

In verschiedenen Bundesländern werden heute Modelle diskutiert, die eine Lösung für das Problem der absterbenden Hauptschule versprechen. Zusammenlegungen von Realschulen und Hauptschulen, zum Teil unter neuen Namen wie Mittelschule, Sekundarschule, Regionalschule bedeuten nichts anderes, als daß das dreigliedrige Schulsystem Gymnasium-Realschule-Hauptschule zu einem zweigliedrigen System Gymnasium-Hauptschule konzentriert wird. Damit wird ein historischer Prozeß konsequent weiterverfolgt: War um 1900 die Realschule als Schule des neuen Mittelstandes aus der Volksschule ausgegliedert worden, so wird jetzt die Volksschule nach dem Übertritt eines großen Teils ihrer früheren Klientel in die Mittelschicht in die Realschule eingegliedert. Ob drei- oder zweigliedrig, das gegliederte Schulsystem als selektives Schulwesen ändert sich nicht: Vor allem das Gymnasium behält einen „Notausgang“ für SchülerInnen und Schüler, die es nicht für geeignet hält und die deshalb auf eine nachgeordnete Schulform übergehen.

Die Gesamtschule ist kein Teil eines gegliederten Schulsystems, sondern ein eigenes vollständiges Schulsystem für alle Kinder: Durch Arbeitslehre und zwei Wahlpflichtbereiche bietet sie verschiedene Bildungsgänge in einer Schule an und kann damit nicht nur die Abschlüsse des gegliederten Systems mit entsprechenden Bildungsgängen verbinden, sondern erlaubt darüber hinaus eigene Schwerpunktsetzungen. So kann ein(e) SchülerIn einen mathematisch-naturwissenschaftlichen oder technischen Schwerpunkt statt der zweiten Fremdsprache im siebten Schuljahr wählen und damit das Abitur erreichen. Dies ist nur auf der Gesamtschule möglich.

Die Gesamtschule als eigenes vollständiges Schulsystem kann keine Rolle im gegliederten System übernehmen. Sie kann also nicht Teil der „Zweigliedrigkeit“ sein in dem Sinn, daß sie als Pflichtschule die Schulabbrecher vom Gymnasium aufnimmt. Das gegliederte System muß dafür sorgen, daß Schülerinnen und Schüler, die es gewählt haben, auch innerhalb des Systems ihre Schullaufbahn zuende führen können. Das würde ggf. Hauptschulklassen innerhalb der Realschule bzw. dem Gymnasium bedeuten. Bestehen nur Gymnasien und Gesamtschulen nebeneinander, kann deshalb nicht von „Zweigliedrigkeit“ gesprochen werden. Eltern müssen sich bei Aufnahme entscheiden, in welchem System sie ihr Kind anmelden wollen, weil ein Wechsel später nur in Ausnahmefällen möglich ist. Eine bessere Alternative als das Nebeneinander von zwei Systemen ist ein nach Stufen gegliedertes Schulwesen, in dem alle Schülerinnen und Schüler

Pressemitteilung der GGG
Verwirrung um „Zweigliedrigkeit“

ihre persönlichen Bildungswege finden können. Es wäre allein in der Lage, die heutigen Strukturprobleme zu lösen und sowohl in den Städten wie auf dem Lande ein vollständiges Bildungsangebot in wirtschaftlich vertretbaren Betriebsgrößen und mit pädagogischen Schwerpunktsetzungen zu gewährleisten.

Anne Ratzki

„Bildung für das Jahr 2000“

**Bericht über eine Tagung der SPD-SGK Münster/Ostwestfalen-Lippe
am 15.02.1992 in Münster**

Diese Tagung veranstaltete die SPD-SGK und der SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe, doch sie war hochrangig besetzt: Prof. Dr. Hurrelmann hielt das Eingangsreferat, die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Gaby Behler war Referentin in einer Arbeitsgruppe über Schulstruktur, in der ich auch ein Referat zu unserer Vorstellung der Zwei Systeme bzw. der Stufenschule hielt. Regenbrecht saß unter den Zuhörern. Hurrelmann führte folgendes aus: Zuerst beschrieb er die heutige Situation der Kinder, die veränderte Kindheit, wie mehrfach von ihm durchaus gut und zutreffend dargestellt. Daraus leitete er Forderungen an die Schule ab - u.a. rhythmisierte Ganztagschule. Der zweite Teil des Referats handelte von dem Aufbau des Schulsystems. Analyse: Mit steigender Tendenz gehen zur Zeit 38 % der SchülerInnen ans Gymnasium und 14 % an die Gesamtschule (von den 7.000 Ablehnungen sagte er nichts), Realschulen bleiben bei 20 % unverändert, Hauptschulen haben 24 % mit abnehmender Tendenz. Isolierung der Hauptschule darf nicht sein.

Folgerungen daraus: Das Gymnasium hat sich etabliert, hat heterogene Schülerschaft, 40 % machen Abitur, Eltern wollen 60 %; mittlerer Abschluß ist mit 70 % praktisch die Norm. Das Gymnasium muß sich verändern: Das Lernprogramm mit Leben anreichern, seine Wissenschaftsorientierung überdenken, einem anderen Leistungsbegriff und Teamgedanken Raum geben, prozeßorientierte Beurteilung praktizieren. Die Oberstufe ist zu fachspezifisch, müßte erneuert werden.

Gesamtschule ist nicht mehr als ersetzende, sondern als ergänzende Schule zu sehen. Die Hauptschule müßte in die Gesamtschule eingegliedert werden. Mit den Ausländern, den Lernschwierigen und den sozial Schwachen sollte die Gesamtschule alle Sonderaufgaben des Schulwesens übernehmen. (Das hat er wirklich so gesagt!!) Dafür sollte sie besonders gut ausgestattet werden und als „Bonbon“ (so Hurrelmann wörtlich) Ganztagschule sein dürfen. Die Oberstufe wäre von dieser Gesamtschule, die natürlich nicht mit der heutigen Gesamtschule vergleichbar wäre, abzukoppeln, „da es ja überhaupt sinnvoll sei, nach dem 10. Schuljahr einen Schulwechsel zu machen, vielleicht auch für's Gymnasium“.

Die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Gaby Behler stellte kein Schulentwicklungs-konzept vor, sondern nahm eine deutliche Wertung vor: Das Gymnasium wird auch da von Eltern mehrheitlich gewählt, wo es Gesamtschulen gibt; die Schüler identifizieren sich mit ihrem Gymnasium (als Beweis dienten ihr Schüleräußerungen anläßlich einer Demonstration zum Erhalt eines von einer Gesamtschulgründung bedrohten Gymnasiums). Die Gymnasien hätten sich positiv verändert. Die SPD müsse aufhören, das Gymnasium abschaffen zu wollen, sondern es in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen. Über die Gesamt-

schule trug sie fast alle die Halbwahrheiten und Vorurteile vor, die wir aus Diskussionen mit Gesamtschulgegnern kennen, u.a.:

- Gesamtschulen hätten nur als einzelne pädagogisch besonders herausragende Alternativschulen errichtet werden dürfen - sie habe das Schulgesetz von 1981, das die Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen zur Regelschule machte, immer kritisiert,
- Gesamtschulen würden im Windhundverfahren errichtet und jagten einander die Schüler ab, würden gerade die Schwächeren abweisen und wären sowieso von der Schülerzusammensetzung keine richtigen Gesamtschulen.,
- es sei nicht mehr zu vertreten, nur die Gesamtschulen eine demokratische Schule zu nennen,
- soziale Ungleichheit könne man nicht durch die Schule bekämpfen wollen.

Die Diskussion lag ganz auf Behlers Linie (sie ist über den Bezirk Ostwestfalen-Lippe in den SPD-Landesvorstand gekommen), und jede andere Meinung wurde als „Träumerei von Alt-68-igern“ (das scheint der neue Kampfbegriff!) abgetan und nicht einmal kritisch geprüft.

Persönliche Einschätzung

Aus Hurrelmanns Analyse wäre folgerichtig eigentlich eine Weiterentwicklung des Schulwesens abzuleiten, die zu einer allmählichen Zusammenführung von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien führen müßte, wobei sich das Gymnasium innerlich verändern und für eine heterogene Schülerschaft sorgen müßte. Das gegliederte System würde sich dann mit seinen Problemen ernsthaft beschäftigen, statt sie auf die Gesamtschule abzuladen (vgl. auch die Presseerklärung der GGG, S. 2 bzw. den Strukturvorschlag von Hans Frey, S 10).

Die SPD zeigte sich in dieser Veranstaltung konzeptionslos. Sie weiß eigentlich, daß Hurrelmanns Konzept nicht geht - das wurde in der Diskussion deutlich - aber er liefert die Argumente für eine Bildungspolitik um das Zentrum Gymnasium und zu Lasten der Gesamtschule.

Ich bin der Meinung, wir müssen diesen Trend in der SPD sehr ernst nehmen; Frau Behler wurde immerhin am Montag, 17. Februar zur Vorsitzenden der SPD-Bildungskommission gewählt. Kurz zuvor, Mitte Januar 1992, war im Saarland ein Versuch der SPD, die Gesamtschule wieder aus dem Schulgesetz zu streichen, nur knapp u.a. am Widerstand der saarländischen Gesamtschulen gescheitert.

Wir sollten genau darauf achten, wie die SPD sprachlich und argumentativ mit der Gesamtschule umgeht und alle diejenigen, die an der Gesamtschulen festhalten, auffordern, dies deutlich, öffentlich und positiv zu artikulieren.

Brigitte Speth

Hurrelmanns „Zwei-Wege-Modell“

Weg aus der Schulkrise?

Der Vorschlag des Bielefelder Erziehungswissenschaftlers Klaus Hurrelmann „Zwei Schulen für das eine Deutschland“ kann weder wissenschaftliche Seriosität für sich in Anspruch nehmen, noch führt sein Weg aus der Schulkrise, vorausgesetzt man geht von der Grundforderung aus, daß kein Kind wegen seiner Herkunft, seines Geschlechtes und seiner Nationalität benachteiligt werden darf.

Bisher gab es keine erziehungswissenschaftliche und keine pädagogische Begründung dafür, daß Kinder im Alter von 10 Jahren mit hinreichender Sicherheit entsprechend ihrer wie auch immer festgestellten „Begabung“ drei Schulformen mit unterschiedlichem pädagogischen Profil, unterschiedlichen Bildungsgängen und damit auch unterschiedlichen Abschlüssen zugeordnet werden können. Ebenso fehlt jede wissenschaftliche Grundlage für die von Hurrelmann vorgeschlagenen Einteilung von Schülerinnen und Schülern nach der Klasse 4 in zwei Kategorien, nämlich in solche, die „wissenschaftsorientiert lernen“, und solche, die mit „Kopf, Herz und Hand“ - was immer das auch bedeuten mag - lernen. Konsequenterweise macht Hurrelmann auch gar nicht den Versuch, die von ihm propagierte neue Schulstruktur aus seiner Position als Erziehungswissenschaftler zu begründen. Die Argumente für das „Zwei-Wege-Modell“ sind, so darf vermutet werden, ausschließlich politisch-pragmatischer Natur.

Hurrelmanns Analyse der Entwicklung der Schulstrukturen in Deutschland ist im wesentlichen unbestritten. Allenthalben ist zu beobachten, daß die Hauptschule immer weniger nachgefragt wird, während die Übergangsquote an das Gymnasium steigt. Die Gesamtschule, die in Deutschland (außer im Kreis Wetzlar) das dreigliedrige Schulwesen nirgendwo ersetzt hat, sondern als ergänzende Schulform neben das gegliederte Schulwesen gestellt wurde, konnte folglich die Schulstrukturprobleme nicht lösen. Im Gegenteil: die Problematik der mangelnden Akzeptanz der untersten Schule eines hierarchisch gegliederten Systems wurde tendenziell eher verschärft.

Hurrelmann weist zurecht darauf hin, daß die Expansion des Gymnasiums diese Schulform selbst vor erhebliche Probleme stellt. Die Schülerschaft des Gymnasiums ist heterogener geworden, und die Institution „Gymnasium“ hat auf diese neue Herausforderung keine Antwort, im Gegenteil, sie ist überfordert.

Hurrelmann geht davon aus, daß das bestehende Gymnasium als „wissenschaftsorientierte und fächerstrukturierte Lernschule“ im wesentlichen unverändert seinen Platz auch in der neuen Struktur behält. D.h., das Gymnasium wird - völlig unverständlicherweise - in die Strukturüberlegungen nicht einbezogen. Schließlich ist davon auszugehen, daß auch zukünftig das Gymnasium von einer zunehmenden Zahl von Schülerinnen und Schülern eines Jahrgangs gewählt

werden wird. Diesen Trend des Zustroms verstärkend wird hinzukommen, daß ein Teil der jetzigen Realschulnachfrager zum Gymnasium wechseln wird.

Die andere Säule des von Hurrelmann vorgeschlagenen Zwei-Wege-Modells ist vorgesehen für diejenigen, „die sich von dem Gymnasium nicht angezogen fühlen“. Es stellt sich die Frage:

Wer eigentlich sollte sich vom Gymnasium nicht anziehen lassen?

Allein die Säule „Gymnasium“ bietet aus der Sicht der Eltern die Summe aller Vorteile:

- Es führt auf direktem Wege und ohne Schulwechsel zu allen Schulabschlüssen, insbesondere zum Abitur.
- Es ermöglicht den Zugang zu allen Berufen und zum Studium.
- Es bietet eine angenehme und gepflegte Lernatmosphäre, da es keine Vorkehrungen für Problemschülergruppen treffen muß, diese werden von vornherein oder später an die zweite Säule abgegeben.
- Es hält alle Bildungswege, gegebenenfalls auch zur zweiten Säule, offen, während der umgekehrte Wechsel keineswegs jederzeit möglich ist.

Wem also wird von der Grundschule geraten werden, nicht das Gymnasium zu besuchen? Dies werden vornehmlich Eltern bildungsfreier Schichten, Eltern mit Problemkindern und Eltern sprachunkundiger ausländischer Kinder sein, In dem Maße, in dem sich die zweite Säule des Schulsystems dieser Schülergruppen besonders annimmt, wird sie wiederum für Elter, die z.B. für Reformpädagogik, soziales Lernen und praxisorientierten Unterricht grundsätzlich aufgeschlossen sind, uninteressant. Sie wird ebenso wie die heutige Hauptschule, der niemand vorwerfen kann, daß sie nicht gute pädagogische Konzepte entwickelt und ideenreiche Erziehungsarbeit geleistet hat, das Schicksal der „unteren“ Schule erleiden.

Aus alledem folgt, daß das Gymnasium im Zwei-Wege-Modell die Schule für die Mehrheit sein oder werden wird, daß damit die schon bestehenden pädagogischen Probleme dieser Schule wachsen werden und daß der Ruf laut werden wird, den Zugang zum Gymnasium zu begrenzen. Eine solche Begrenzung des Zugangs allerdings hält Hurrelmann selbst für undemokratisch und sicher zu recht auch für schwer durchsetzbar.

Hurrelmann beschreibt sein Modell als aus zwei gleichwertigen „Säulen“ bestehend. Es bleibt jedoch höchst unwahrscheinlich, daß die eine solche Gleichwertigkeit aus Sicht der Betroffenen ergeben wird. Insbesondere die Tatsache, daß die zweite Säule, die Schule für „Herz, Kopf und Hand“, zwangsläufig die Schule für die Schwächeren, die sozial Benachteiligten und schwerer beschulbaren Schülerinnen und Schüler sein wird, wird dazu führen, daß sie nicht als gleichwertige Säule angesehen wird. Hierzu wird auch beitragen, daß für den Entstehungsprozeß der zweiten Säule als Kristallisationspunkt bisherige Hauptschule,

Realschulen und Gesamtschulen, nicht aber bisherige Gymnasien vorgesehen sind.

Strukturell könnte man das Hurrelmann-Modell als ein Zurück in die „Gute alte Zeit“ ansehen: neben der Volksschule, die alles für die normale Bevölkerung bietet, gibt es höhere Schulen, die zum Studium führen. Doch nicht einmal das wird sich mit dem neuen Zwei-Wege-Modell erreichen lassen. In einer Gesellschaft, in der nahezu alle Eltern für ihre Kinder die Option auf höchste Bildungsmöglichkeiten wünschen und in der gesellschaftlicher Aufstieg zum Programm geworden ist, wird die Schule, die nicht die höchsten Chancen bietet, nicht die anerkannte und von der Mehrheit bevorzugte Volksschule sein, sondern die Minderheitenschule, die nur diejenigen in Kauf nehmen, denen die Chance des Besuches der besseren, der höheren Schule verwehrt bleibt. Daher wird sich die zweite Säule des Hurrelmann-Modells nicht über ihr pädagogisches Programm definieren, sondern ausschließlich darüber, daß sie gegenüber der „höheren“ Schule nur geminderte Chancen versprechen kann. Ebenso wie das öffentlich wahrgenommene Profil der Hauptschule kaum ihre besonderen pädagogischen Leistungen wie Projektarbeit, Ausländerförderung, Individualisierung, ganzheitliches Lernen usw. beinhaltet, wird auch das Profil der neuen zweiten Säule vornehmlich davon bestimmt sein, daß die als besonders hochwertig angesehenen Bildungsmöglichkeiten nicht geboten werden und „angesehene“ Kreise der Bevölkerung ihre Kinder nicht zu dieser Schule schicken. Außerdem wird sie den Makel haben, daß sie letztlich das Auffangbecken sein muß für alle Schülerinnen und Schüler, die - aus welchen Gründen auch immer - am Gymnasium scheitern, denn die zweite Säule muß zwangsläufig die Aufgabe der Pflichtschule in dem Zwei-Wege-Modell übernehmen.

Fazit: Das Zwei-Wege-Modell Hurrelmanns ist kein Ausweg aus der deutschen Schulstrukturkrise. Im Gegenteil: beide Säulen sind in sich krisenhaft und führen zu einer allerdings anderen Schulstrukturkrise; das Gymnasium, als erste Säule, gerät wegen der großen Schülerzahl und der Heterogenität seiner Schülerschaft in eine pädagogische Krise, die zweite Säule in eine Akzeptanzkrise.

Da durch die Einführung des Zwei-Wege-Modells auch bestehende Schulen, insbesondere Realschulen, die sich bisher noch stabil entwickeln konnte, beseitigt würden, ist nicht damit zu rechnen, daß die „Zwei Schulen für das eine Deutschland“ zum Schulfrieden in Deutschland führen werden.

Im Gegenteil: die Durchsetzung des Hurrelmann-Modells würde neue Schulausinandersetzungen verursachen.

Der Sieg wäre als ein Pyrrhussieg, denn keines der jetzt beklagten Probleme wurde gelöst werden.

Hans Frey

Schule 2000 - human, sozial, leistungsstark und qualifiziert **Diskussionspapier zur NRW-Bildungspolitik**

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem ständigen Veränderungsprozeß. Das stellt neue Anforderungen an Wissen und Können der Menschen, aber auch an ihre Fähigkeit, tolerant und friedlich miteinander umzugehen. Deshalb muß sich auch Schule verändern! Das Land NRW hat in den letzten 25 Jahren eine hervorragende Bildungsinfrastruktur entwickelt. Bildung hat in unserem Land Priorität, denn für keinen anderen Bereich der Landespolitik wird mehr Geld ausgegeben - allein im Jahre 1991 über 12 Milliarden DM. Dennoch darf man sich auf dem Erreichten nicht ausruhen. Im Gegenteil: um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen, muß unser Schulwesen weiter reformiert werden. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen:

- Schule muß sich den veränderten Lebenssituationen und Lebensstilen der Menschen anpassen, d.h. neben reiner Wissensvermittlung muß Schule pädagogischer werden.
- Schule muß mehr als bisher die jungen Menschen auf ein Berufs- und Arbeitsleben vorbereiten, in denen lebenslanges Lernen, Beweglichkeit und Kreativität immer wichtiger werden. Jede Schule muß deshalb über ein leistungsstarkes Angebot verfügen.
- Schule muß den Weg der Chancengleichheit weitergehen. Das bedingt ein grundsätzliches Nachdenken über die Schulstruktur in NRW.
- Schule ist teuer, weil uns die Zukunft unserer Kinder teuer ist. Gerade deshalb muß auch der Schulbereich den Grundsatz beherzigen, daß personelle und finanzielle Ressourcen so sinnvoll wie möglich, zumal die finanzielle Leistungskraft des Landes und der Kommunen zunehmend eingeschränkt werden.

Die SPD als bestimmende politische Kraft dieses Landes wird alles daransetzen, daß Schule allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Grundlage für ihren weiteren Lebensweg bieten kann.

I. Reform der Schulorganisation

Die SPD will eine Reform der Schulorganisation, um die riesigen Mittel, die Politik und Gesellschaft Jahr für Jahr dem Schulwesen zur Verfügung stellen, besser als bisher einzusetzen. Davon zu unterscheiden ist die Reform der Schulstruktur, die das gesamte System der Schulformen auf den Prüfstand stellt. Reform der Schulorganisation ist eine aktuelle Aufgaben, die innerhalb des jetzt bestehenden Systems Verbesserungen erreichen muß. Dabei läßt sich die SPD von folgenden Zielen leiten:

- Die Unterrichtssituation an den Schulen muß nachhaltig verbessert werden!

- Mehr Gestaltungsrechte für die Gemeinden und die konkreten Schulen vor Ort!

Um diese Ziele zu erreichen, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Unsere Schulen müssen bei überschaubarem Finanzaufwand noch attraktiver werden. Das heißt: konsequente Anwendung der gesetzlich vorgegebenen Zügigkeiten, Beibehaltung der Klassenobergrenze bei gleichzeitiger Abschaffung zu kleiner Klassen, vertretbare Kursgrößen in der gymnasialen Oberstufe mit mehr Koordination und Kooperation. Damit wird insgesamt das Unterrichtsangebot verbessert.
2. Zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung wird ein Teil des Entlastungsstundenkontingentes auf die Unterrichtstätigkeit verlagert, dafür keine Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer und Lehrerinnen. Einführung eines Mittelpools für Schulträger und Schulen, um kurz- und mittelfristigen Unterrichtsausfall zu unterbinden - „Geld statt Stellen“.
3. Begrenzung der Stundentafel auf 30 Wochenstunden, dafür Flexibilisierung in dem Sinne, daß 2 bis 3 Stunden von der Schule eigenständig nach ihren Bedürfnissen eingesetzt werden können.
4. Schulentwicklungsplanung hat nicht nur kommunal, sondern auch regional zu erfolgen. Schulträger müssen die Möglichkeit haben, bei Wahrung des Elternrechtes auf die Wahl der Schulform Schülerströme zu lenken, um eine gleichmäßige Auslastung von Schulen zu erreichen.
5. Mehr Dezentralisierung! D.h.:
 - Offene Schulgesetzgebung! Die Schulgesetze haben Reformbewegungen in den Kommunen zu fördern, z.B. dadurch, daß sie bei der Gestaltung der Schullandschaft zwei oder drei Varianten zulassen, unter denen der Schulträger gemäß seinen Bedürfnissen wählen kann.
 - Einrichtung einer dreistufigen staatlichen Schulaufsicht, d.h. Verlagerung der staatlichen (unteren) Schulaufsicht in die Kommunen mit Kooperations- und Informationspflicht gegenüber dem Schulträger. Dabei wird die Schulaufsicht nicht schulform- sondern schulstufenorientiert organisiert. Die Schulabteilungen der Regierungspräsidenten sind abzuspecken und stärker auf Beratungsfunktion zu konzentrieren. Insgesamt wird dadurch den Bedürfnissen vor Ort - da, wo Schule konkret stattfindet - besser Rechnung getragen.
6. Unsere Schulen müssen zu Kommunikationszentren werden, an denen neben Wissensvermittlung auch Lebenshilfe, Orientierung und ein Stück sozialer Geborgenheit gegeben werden. Das beinhaltet
 - Einführung oder Ausweitung der ganzen Halbtagschule bzw. der Ganztagschule, da wo sie gewünscht ist.
 - Mittelpool, flexibler Stundenplan und Stellenreserve.

- Mehr Integration und Zusammenarbeit mit den zahlreichen Sozial- und Beratungsdiensten der Kommunen und der freien Träger.
 - Weiterentwicklung des Konzepts „Öffnung von Schule“.
7. Eine noch so gelungene Organisationsreform wird Neueinstellungen nicht überflüssig machen! Deshalb ist für jedes Haushaltsjahr ein Einstellungskontingent vorzusehen, das den Bedarf der Schulen (Schülerzahlen, Klassenbildung, fächerspezifischer Bedarf etc.) entsprechend abdeckt.

II. Schulstrukturdiskussion

Neben den Notwendigkeiten einer Organisationsreform von Schule wird die Diskussion über die Zukunft des Schulsystems in NRW immer dringlicher. Wir begrüßen deshalb die Absicht der SPD-Landtagsfraktion, in der nächsten Zeit einen parteien- und gruppenübergreifenden Dialog über die Schulstruktur zu organisieren, da wir davon ausgehen, daß grundlegenden Änderungen des Schulwesens, die schon heute viele Nachdenkliche in allen politischen Strömungen für geboten halten, nur in einem breiten gesellschaftlichen Konsens möglich und sinnvoll sind.

Ausgehend von sozialdemokratischen Grundüberzeugungen orientiert sich die SPD in diesem Prozeß an folgenden Positionen:

1. Das Beharren auf traditionellen Wunschvorstellungen hilft nicht weiter. Längst nicht alle Eltern wollen ihre Kinder auf das Gymnasium schicken, längst nicht alle Eltern sind mehr bereit, ihren Kindern Schulscheitern, Rückstufung ins „letzte Glied“ und soziale Aussonderung zuzumuten. Das zeigt der große Erfolg der Gesamtschulen in NRW.
2. Wir stellen fest, daß neben der Gesamtschule das Gymnasium besonders stark nachgefragt wird. Diesem Bedürfnis haben Sozialdemokraten/innen immer Rechnung getragen. Da das Gymnasium strukturell ihm nachgeordnete und getrennte Schulen oder Schulzüge braucht, bleibt ein entsprechendes Angebot im gegliederten Teil des Schulwesens erhalten.
3. Die Zeit ist reif geworden für gestaltende Steuerung:
 - Wir müssen klarstellen, daß die Gesamtschule keine widerwillig zugelassene Notlösung neben dem dreigliedrigen Schulsystem ist, sondern als integriertes System eine eigenständige Alternative zum selektiven Schulwesen (Dreigliedrigkeit) darstellt.
 - Wir müssen klarstellen, daß wir als SPD die Entscheidung von Eltern, ihre Kinder in ein gegliedertes System zu schicken, respektieren, ebenso wie andere respektieren müssen, wenn Eltern ihre Kinder in ein integriertes System schicken.
 - Wir sind deshalb dafür, daß das jetzt bestehende „wilde Marktmodell“ bei der Verteilung der Schülerströme, daß quasi urwüchsig, ungeordnet und mit schweren Verwerfungen existiert, von einem „geordneten Marktmodell“ abgelöst wird. Das heißt: es ist eine echte Konkurrenz

zwischen dem gegliedertem und dem integriertem Modell herzustellen!

- Damit verbietet es sich von selbst, der Gesamtschule - etwa durch Bildung einer Haupt/Real/Gesamtschule im Gegensatz zum Gymnasium - alle Erblasten des gegliederten Schulwesens aufzubürden. Ein so verstandenes „Zwei-Säulen-Modell“ wäre eine Mogelpackung. Es bedeutet lediglich, ein zweigliedriges System zu schaffen, wo die „Hauptgesamtschule“ das zweite bis letzte, das Gymnasium allerdings das unumstrittene erste Glied wäre. Von einem integrierten System könnte keine Rede mehr sein.
- Wir befürworten deshalb ein Zwei-Säulen-Modell für das allgemeinbildende Schulwesen, das aus zwei alternativen Systemen besteht. Beide Systeme ermöglichen den allgemeinen Hochschulzugang, beide Systeme sind Pflichtschule bei der Ableistung der allgemeinen Schulpflicht.
- Die eine Säule bildet die integrierte Gesamtschule.
- Die andere Säule ist ein gegliedertes Verbundsystem, das aus dem Gymnasium und aus Bildungsgängen besteht, die die Haupt- und Realschule repräsentieren. Haupt- und Realschulangebote können je nach örtlicher Gegebenheit als eigene Schulen, als Schulabteilungen oder als Schulzüge existieren. Dieses Modell hat nebenbei noch den Vorteil, daß eine Änderung der Landesverfassung (Abschaffung der Hauptschule) nicht zwingend erforderlich ist.
- Im Gegensatz zur Sekundarstufe I muß die Sekundarstufe II nicht prinzipiell neugestaltet werden. Allerdings bedarf es zwei wesentlicher reformerischer Weiterentwicklungen:
- Zum einen muß von der Langformideologie bei Gymnasium und Gesamtschule (d.h. von der Vorstellung, die gymnasiale Oberstufe müsse immer, ausschließlich und unter allen Umständen direkt an eine ganz konkrete Schule angebunden sein) Abschied genommen werden.
- Zweitens muß das berufsbildende Schulwesen mit seinem Kern, der (Teilzeit-)Berufsschule, qualifiziert werden. Das duale System ist aufzuwerten! das bedeutet, daß die Kollegschule ins Regelsystem übernommen wird und als pädagogisch-didaktische Leitidee (Doppelqualifizierung) den entscheidenden Entwicklungsschub in den berufsbildenden Schulen leistet und gleichzeitig ausstrahlt auf die Inhalte der gymnasialen Oberstufe.

Die SPD ist sich bewußt, daß alle hier angeschnittenen Fragen, Probleme und Vorschläge einer intensiven Diskussion bedürfen. Sie ist entschlossen, diese zentrale bildungs- und gesellschaftspolitischen Diskurs offen und mit dem Willen zum Kompromiß zu führen. Die SPD erwartet, daß dieses Prinzip für alle gilt.

A. Erlenwein/U. Thünken

Schulstrukturprobleme in Deutschland

Lösungsmodelle der SPD

Die SPD hat in ihrem Berliner Programm ihre Auffassung bekräftigt, daß die integrierte Gesamtschule am besten geeignet ist, die bildungspolitischen Leitziele und Vorstellungen der Sozialdemokratie umzusetzen. Sie tritt dafür ein, daß diese Einsicht bei Eltern und Verantwortlichen wächst und politisch verwirklicht wird. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen für ihre bildungspolitischen Ziele werben und andere überzeugen. Sie achten das Recht der Eltern auf freie Wahl zwischen den staatlich angebotenen Bildungsgängen.

Dies hat in Bundesländern mit sozialdemokratischen Mehrheiten dazu geführt, daß die Gesamtschule als gleichberechtigte Schulform gesetzlich eingeführt wurde. Sie ist aber rechtlich nirgendwo ersetzende Schule, sondern überall neben die Schulformen des gegliederten Systems gestellt. Damit ist eine Konkurrenzsituation entstanden, die von zwei Merkmalen geprägt ist: Integrierte Schulen und Schulformen des gegliederten Systems sind zwei grundsätzlich unterschiedliche Systeme. Es besteht jedoch eine Wechselwirkung zwischen beiden Systemen, die die jeweiligen Entwicklungen beeinflußt.

Gesamtschule ist von ihrer Idee her die Schule für alle Kinder. Sie ist wie die Grundschule Ausdruck einer Gesellschaft, die Demokratie, soziale Gerechtigkeit und personale Freiheit will. In ihrer über zwanzigjährigen Geschichte haben die Gesamtschulen bewiesen, daß sie in der Lage sind, Schülerinnen und Schüler aller Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten erfolgreich zu allen Schulabschlüssen zu führen, die Zahl von Schulversagern zu vermindern, zum Abbau von Bildungsbarrieren beizutragen und insgesamt mehr Chancengleichheit zu erreichen. Gleichwohl war die Einführung der Gesamtschule als einzige (ersetzende) Schule in der Sekundarstufe I in der Vergangenheit politisch nicht durchsetzbar, sie ist es auch heute noch nicht. Die Gesamtschulentwicklung hat aber gezeigt, daß sich diese Schule auch als Alternative zum gegliederten System pädagogisch bewährt hat und bildungspolitisch zu einem Erfolg geworden ist, was sich an der großen Zahl neuer Gesamtschulen Jahr für Jahr beweist.

Jedoch bleibt die Gesamtschule von der pädagogisch und bildungspolitisch existentiellen Krise des gegliederten Systems ebenso nicht unberührt wie von der sich verschärfenden Wettbewerbssituation mit dem gegliederten System insgesamt, für dessen obere Schule, das Gymnasium, die Akzeptanz hoch ist und noch weiter ansteigt. Die Gesamtschule muß daher - anders als ihrer Idee der einen Schule für alle entsprechend - ihre Wettbewerbsfähigkeit insbesondere mit dem Gymnasium nachweisen. Man mag die der Gesamtschule aufgezwungene Wettbewerbssituation bedauern, sie nicht zur Kenntnis zu nehmen, wäre wirklichkeitsfremd und letztlich unpolitisch.

Die Krise des gegliederten Systems

Die hohe Nachfrage nach dem Gymnasium als der oberen Schule und die dadurch verursachte Abkehr von der Hauptschule, der unteren Schule, ist das sichtbarste Zeichen der Krise des gegliederten Systems. Das gegliederte System, für das ein Oben und ein Unten konstitutiv ist, ist von seiner Struktur her angewiesen auf die Einteilung von Kindern nach drei Begabungsstufen und die Verteilung auf drei sich hierarchisch zueinander verhaltende Schulformen. Diese Einteilung wird heute faktisch von den Eltern nicht mehr akzeptiert, weil sich in einem demokratisch gestalteten staatlichen System Menschen eben nicht mehr von Geburt an einer bestimmten Gesellschaftsschicht zugehörig fühlen bzw. zuordnen lassen, in der sie dann verbleiben. In einer demokratischen Gesellschaft, in der - jedenfalls theoretisch - alle die gleichen Chancen haben und grundsätzlich der Zugang zu allen beruflichen Positionen offen steht, ist der Wille zum gesellschaftlichen Aufstieg und zur Abgrenzung von anderen typisch. So ist der Wunsch von Eltern aller sozialen Schichten verständlicherweise darauf gerichtet, dem eigenen Kind den Weg zum höchstmöglichen Bildungsabschluß zu eröffnen. Sofern ein Schulsystem hierfür eine Hierarchie von Schulformen anbietet, ist der Elternwille darauf gerichtet, für das eigene Kind den Weg zu wählen, der für den chancenreichsten gehalten wird, und das Sozialprestige der Familie dadurch zu festigen und zu erhöhen, daß das eigene Kind eine Schule besucht, die eben nicht von allen besucht werden kann. Dies gilt, obwohl ca. 30 % der Gymnasialschülerinnen und -schüler trotz erheblicher Nachhilfen das Bildungsziel des Gymnasiums nicht erreichen und in andere Schulformen zurückgeschickt werden.

Das auf die unterschiedlichen Gesellschaftsschichten zugeschnittene ständisch geprägte dreigliedrige Schulsystem kann strukturell mit dem geänderten Schulwahlverhalten nicht fertigwerden. Dies hat zu einem Überlaufen des Gymnasiums in einem Ausmaß geführt - in manchen Großstädten gibt es bereits Übergangsquoten von 60 % -, das das Selbstverständnis des Gymnasiums als „höhere“ Schule in Frage stellen muß. Denn das Gymnasium wird nicht mehr von einer ausgewählten Minderheit besucht, sondern von einer Mehrheit, und seine Schülerschaft ist nicht mehr homogen, sondern heterogen zusammengesetzt. Das Gymnasium wird so zu einer Einheitsschule besonderer Prägung, das zwar die Mehrheit der Grundschul Kinder aufnimmt, aber strukturell nicht in der Lage ist, für die unterschiedlichen Begabungen differenzierte Fördermöglichkeiten und Bildungsgänge anzubieten.

Im gegliederten System wählen Eltern nur noch sehr selten aus eigenem Entschluß die Hauptschule, da sie als Schule mit den geringerwertigen Bildungsmöglichkeiten angesehen wird. Eltern, deren Kinder solche Schulen besuchen, finden sich allenfalls mit diesem Weg ab, nehmen ihn in Kauf, weil sie keine Alternative haben. Auch für die Realschule hat dies zu einer Verschiebung der Schülerschaft geführt, ohne daß ähnlich wie beim Gymnasium ihre Pädago-

gik dies auch nur annähernd bewältigen könnte. Heute besuchen diejenigen die Realschule, die früher die Hauptschule besucht hätten, während diejenigen, die früher zur Realschule gegangen wären, heute das Gymnasium oder die Gesamtschule besuchen.

Für die Hauptschule, die untere Schule, muß dies katastrophale Folgen haben. Sie ist insbesondere in den Großstädten zur „Restschule“ geworden, zu einer Schule der Zurückgeschickten, der schwach Begabten, der Aussiedler, der Ausländer. Obwohl in keiner anderen Schulform des gegliederten Systems pädagogisch so viel geleistet worden ist wie in der Hauptschule, konnte sie sich wegen des geänderten Schulwahlverhaltens nicht als Hauptschule, die ursprünglich als Schule für die Mehrheit gedacht war, behaupten. Dies wird sich auch dann nicht ändern, wenn in den Bundesländern, in denen es bisher an den Hauptschulen das 10. Schuljahr nicht gibt, dies eingeführt werden sollte. Das zeigt das Beispiel Nordrhein-Westfalens.

Das Weiterbestehen der Hauptschule ist allerdings zwingend erforderlich für das Weiterbestehen des Gymnasiums als der oberen Schule. Eine obere Schule ist keine mehr, wenn es die untere nicht mehr gibt. Die untere Schule ist auch unverzichtbar, um den Bildungsgang vorzuhalten, den jedes Kind mindestens durchlaufen muß, um seiner Schulpflicht zu genügen. Die immer noch hohe Akzeptanz des gegliederten Schulwesens besteht vorrangig darin, daß es den Eltern die Option auf einen höheren Bildungsweg für ihr Kind offenzuhalten scheint. Die Ausgrenzung von lernschwächeren Kindern wird dabei oft in dem Maße hingenommen, in dem die Eltern sicher sind, daß das eigene Kind nicht zu dieser Gruppe gehört. Auch das tatsächliche Anmeldeverhalten im gegliederten Schulsystem gibt keinen wirklichen Aufschluß über den Elternwillen. Dies zeigt deutlich die meist erhebliche Differenz zwischen Befragungsergebnissen und den tatsächlichen Anmeldungen zum gegliederten System: Der grundsätzliche Wunsch, eine „höhere“ Schule zu besuchen, ist wesentlich stärker als der Mut, das Kind dort anzumelden. Weil das Leistungsvermögen tatsächlich nicht ausreicht oder aus Furcht vor einem möglichen Scheitern wird der gewünschte Weg oft nicht weiter verfolgt. Demgegenüber spielen Verzerrungen in der schulischen Angebotsstruktur (z.B. weitere Schulwege zum Gymnasium) in einer mobilen Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle.

Aus allem ergibt sich, daß es in einem gegliederten System mit verschiedenen konkurrierenden Schulformen nicht möglich ist, den Willen aller Eltern zu erfüllen. Sofern für verschiedene Bildungsgänge unterschiedliche Schulformen angeboten werden, kann keine Struktur gefunden werden, die alle Elternwünsche gleichzeitig erfüllt.

Gleichwohl hat der Staat für unterschiedlich ausgeprägte Elternwünsche ein vielfältiges Angebot an Bildungsgängen bereitzustellen. Dies ist prinzipiell denkbar in folgenden Strukturen:

A. Erlenwein/U. Thünken

Schulstrukturprobleme in Deutschland

- in einem integrierten System (in fast allen Ländern Europas, jedoch nirgendwo in Deutschland realisiert, Ausnahme: deutsche Auslandsschulen)
- in einem gegliederten System (z.B. in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen)
- in einem Nebeneinander von gegliedertem und integriertem System, wie es heute in vielen Bundesländern der Fall ist.

Die zuletzt genannte Variante ist am schwierigsten zu praktizieren, politisch scheint aber nur sie durchsetzbar.

Weitere Gesamtschulentwicklung

Unter Berücksichtigung der dargestellten Situation müssen wir von einem weiter bestehenden Nebeneinander von gegliedertem und integriertem System ausgehen. Vor diesem Hintergrund fordern wir Lösungsmodelle, die zugleich der hohen Nachfrage nach Gesamtschulen von Seiten der Eltern und der Gemeinden Rechnung tragen als auch sicherstellen, daß der mit der Idee der Gesamtschule verbundene pädagogische und bildungspolitische Anspruch nicht nur erhalten bleibt, sondern weiter entfaltet werden kann. Daraus folgt für die weitere Gesamtschulentwicklung:

1. Wo dies sachlich möglich, rechtlich und politisch durchsetzbar ist, sollten Gesamtschulen so errichtet werden, daß sie von allen Schülern der Region besucht werden. In einer solchen Situation ohne Creaming-Effekte und ohne andere Verzerrungen durch die Konkurrenzsituation zu einem gegliederten Schulwesen hat die Gesamtschule die beste Chance, ihre pädagogische Qualität zu entfalten und allen Schülern optimale Bildungsmöglichkeiten zu sichern. Wo diese Situation bereits gegeben ist, ist es wider jede Vernunft, neben Gesamtschulen neue Schulen des gegliederten Systems zu setzen.
2. Jede Gesamtschule in Konkurrenz zu einem gegliederten Schulwesen muß so angelegt sein, daß sie ihrem pädagogischen Auftrag auch im äußeren Zuschnitt gerecht werden kann. Sie muß in der Lage sein, alle Bildungsangebote der Sekundarstufe I mindestens in der gleichen Qualität anzubieten wie das übrige Schulwesen. Die dazu nötige Mindestgröße steht im engen Zusammenhang mit der jeweils landesspezifischen Personalausstattung. Jede Gesamtschule muß ein überzeugendes Programm anbieten können, um sich in der Konkurrenzsituation behaupten zu können.
3. Damit in der gegebenen Wettbewerbssituation eine heterogen zusammengesetzte Schülerschaft und alle Schulabschlüsse erreicht werden können, ist es erforderlich, daß die Gesamtschule auch das Abitur vergibt. Auf diese Option kann nicht verzichtet werden, um der mancherorts festzustellenden Tendenz der Eltern, ihre für leistungsstark gehaltenen Kinder am Gymnasium anzumelden, wirksam begegnen zu können. Selbständige Oberstufen sind dort möglich, wo die Gesamtschule in einer Region die einzige Schule

der Sekundarstufe I ist oder wo es generell Stufenschulen, also auch beim Gymnasium eine Trennung der beiden Sekundarbereiche, gibt.

Für die Sekundarstufe II ist langfristig eine Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung anzustreben. Die Erprobung von entsprechenden Modellen sollte daher gefördert werden.

4. Bei Errichtung neuer Gesamtschulen und Weiterbestehen eines gegliederten Schulwesens wird die Zusammensetzung der Schülerschaft auch durch die Wahl eines geeigneten Standortes und die räumliche Unterbringung beeinflusst. Bei der Unterbringung einer neuen Gesamtschule in ungünstigen Schulgebäuden oder ausschließlich an früheren Hauptschulstandorten kann kaum erwartet werden, daß die Gesamtschule eine ihrer Konzeption der Schule für alle Schüler entsprechende Schülerzusammensetzung erhält. Wenn die Mehrheit der in der Nähe des neuen Schulstandortes wohnenden Schüler tatsächlich die Gesamtschule - die Stadtteilschule - besucht, kann eine heterogen zusammengesetzte Schülerschaft erreicht werden. Dies trifft besonders für ländliche Gebiete zu. Auch in relativ abgeschlossenen Stadtteilen von Großstädten bieten sich dafür gute Bedingungen.
5. Gesamtschulen sollen in der Regel als Ganztagschulen mit einem attraktiven offenen Nachmittagsangebot für alle Schülerinnen und Schüler errichtet werden. Mit Ganztagsbetrieb läßt sich das pädagogische Konzept der Gesamtschule besser verwirklichen, denn dadurch werden in der Schule über den Unterricht hinaus Begegnungsmöglichkeiten eröffnet und Freiräume geschaffen, die das soziale Lernen fördern, individuelle Lernmöglichkeiten verbessern und neue Interessen wecken können. Außerdem ist eine Schule, die Schülerinnen und Schüler aller Begabungen und Neigungen offensteht, am besten geeignet, dem zunehmendem gesellschaftlichen Bedürfnis nach ganztägiger Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu entsprechen.

Insgesamt ist es Aufgabe sozialdemokratischer Politik zu sichern, daß die große Elternnachfrage nach Gesamtschulen von den Schulträgern berücksichtigt wird und daß sie Gesamtschulen unter Bedingungen errichten und führen, unter denen diese Schulen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen können. Die oben dargestellten Kriterien zeigen auf, wie sich Gesamtschulen in allen Bundesländern qualitativ und quantitativ positiv (weiter) entwickeln und überzeugend für unsere Idee der einen Schule für alle werben können.

Aus dem vorher Gesagten ergibt sich, daß es keinesfalls akzeptabel ist, wenn Gesamtschulen nur einen Teil (Hauptschule) oder Teile (Hauptschule und Realschule) des gegliederten Systems ersetzen sollen. Ein Zwei-Säulen-Modell, nach dem das Gymnasium die eine Säule und die Gesamtschule die andere Säule bilden soll, lehnen wir entschieden ab. Mit diesem Modell würde das Gymnasium wieder die alte höhere Schule werden, die Gesamtschule die neue Volksschu-

A. Erlenwein/U. Thünken

Schulstrukturprobleme in Deutschland

le, allerdings mit einer weitaus niedrigeren Akzeptanz als die alte Volksschule, die eine Schule für die Mehrheit war.

Auch wenn die Befürworter dieses Modells es nicht wahrhaben wollen:

eine Schule, die die Option auf den höchsten Bildungsabschluß bietet und zugleich nicht alle Kinder aufnehmen muß, wird die Mehrheitsschule werden, während die 2. „Säule“ zur Minderheitsschule wird, die nur von denjenigen in Kauf genommen wird, die keine andere Möglichkeit haben. Beide Säulen sind also in sich krisenhaft: Die „Säule“ Gymnasium wird wegen der noch größeren Schülerzahl als jetzt und der dadurch bedingten noch größeren Heterogenität in eine pädagogische Krise geraten. Die Gesamtschule als „Säule“ in einer solchen Gliederung wird in eine Akzeptanzkrise geraten, die letztlich dazu führen wird, daß die Idee der integrierten Gesamtschule als einer Schule für alle Kinder endgültig zu Grabe getragen würde. Aus diesem Grunde steht ein derartiges Modell auch in deutlichem Widerspruch zu unseren eingangs erwähnten programmatischen Festlegungen.

Weitere Entwicklungen im gegliederten System

Die integrierte Gesamtschule und das aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium bestehende gegliederte Schulsystem sind grundlegend unterschiedliche eigenständige Systeme. Daher sollte die Entscheidung der Eltern für den Besuch des gegliederten oder des integrierten Systems für die gesamte Schullaufbahn in der Sekundarstufe I gelten. Da beide Systeme darin gleichwertig sind, daß sie jeweils zu allen Schulabschlüssen führen, wäre es systemwidrig, wenn Probleme innerhalb des gegliederten Systems durch das andere, das integrierte System, repariert oder gar gelöst werden sollten.

Ungeachtet unserer Kritik am gegliederten System haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aber auch die Verantwortung für die Kinder ernstzunehmen, deren Eltern sich für das gegliederte System entscheiden. Daraus ergibt sich zweierlei:

1. Die Chancen für pädagogische Veränderungen, die sicher innerhalb des gegliederten Systems aufgrund des geänderten Schulwahlverhaltens zwangsläufig ergeben werden, müssen genutzt werden. Wenn pädagogische Probleme und Fragestellungen gleich sind, kann es in der Tendenz nur ähnliche Antworten geben. Das gilt z.B. für Fördermaßnahmen, Ganztagsangebote, Differenzierungserfordernisse in heterogenen Lerngruppen, sozialpädagogische Hilfestellungen und Betreuung angesichts veränderter Familiensituationen und Kindheitsmuster. Der Anpassungs- und Wandlungsdruck, unter dem die Schulformen des gegliederten Schulwesens stehen, sollte dazu führen, daß auch diese Schulen pädagogischer und humaner werden.

Da bei weitem nicht alle, die ein Gymnasium besuchen, auch das Abitur erreichen (wollen), muß sichergestellt werden, daß zukünftig auch am Gymnasium der Hauptschulabschluß und die Fachoberschulreife mit ihren un-

terschiedlichen Profilen vergeben werden. In diesem Fall wäre es dann auch nicht notwendig, Schülerinnen und Schüler an Realschulen und Hauptschulen zurückzuschicken, wenn sie das Bildungsziel Abitur nicht erreichen können. Allerdings folgt daraus die Notwendigkeit der Veränderung des Fächerkanons, der Unterrichtsorganisation und der Inhalte, die die veränderten Schülerbedürfnisse und die unterschiedlichen Abschlüßerwartungen berücksichtigen müssen. Für die Realschule gilt entsprechendes.

Diese notwendigen Veränderungen erfordern entsprechende sachliche und personelle Mittel. Vor allem in der Hauptschule mit ihrer zunehmend schwierigeren Schülerschaft müssen die Lernbedingungen verändert werden, d.h. es sind die Klassen zu verkleinern, und es ist das Verhältnis Lehrerzahl zu Schülerzahl zu verbessern. Die in den Schulformen des gegliederten Systems Arbeitenden müssen bei ihrem Bemühen um den inneren Wandel ihrer Schulen unterstützt werden.

2. Es müssen schulstrukturelle Lösungen für den Fall geschaffen werden, daß z.B. wegen zu geringer Schülerzahlen eine oder mehrere Schulformen des gegliederten Systems nicht mehr in organisatorisch selbständiger Form geführt werden können und der Schulträger den Erhalt aller Bildungsgänge bzw. die Möglichkeit zum Erwerb aller allgemeinbildenden schulischen Abschlüsse nicht durch die Errichtung einer Gesamtschule sicherstellen kann bzw. will. In kleinen Gemeinden ist die geschilderte Situation heute schon zum Teil Realität, in Großstädten kann sie in einzelnen Stadtteilen erwartet werden. Solche Lösungen haben also das Ziel, den Erhalt aller Schulformangebote des gegliederten Systems zu ermöglichen. Die von Konservativen propagierte Begrenzung des Zugangs zum Gymnasium und damit die staatlich erzwungene Zuführung von Schülerinnen und Schülern an Schulformen, die ihre Eltern nicht wünschen, wäre in einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft nicht durchsetzbar und aus den eingangs schon erwähnten Gründen für die Sozialdemokratie ohnehin nicht akzeptabel.

Zur Sicherstellung aller Schulformangebote des gegliederten Systems bietet sich ein organisatorischer Verbund dieser Schulformen an. Er hätte den Vorteil, daß bei den Hauptschulen und den Realschulen die für den Weiterbestand regelmäßig erforderlichen Zügigkeiten bzw. Schülerzahlen unterschritten werden könnten. Beim Gymnasium wird wegen der angeschlossenen gymnasialen Oberstufe eine Zweizügigkeit in der Sekundarstufe I wohl unvermeidbar sein, weil sonst die für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb einer gymnasialen Oberstufe erforderliche Schülerzahl kaum erreicht werden kann.

Um den Personal- und Organisationsaufwand für die jeweils unter Umständen sehr kleinen Teilsysteme zu begrenzen, ist ein schulform- d.h. abteilungsübergreifender Lehrereinsatz und eine Schulleitung für alle im Ver-

A. Erlenwein/U. Thünken

Schulstrukturprobleme in Deutschland

bund befindlichen Schulformen bzw. Abteilungen vorzusehen. Die je nach Land unterschiedlichen Rechtsvorschriften, aber auch die bisherige sehr unterschiedliche Auslegung von Bundesrecht (Beamten- und Besoldungsrecht) sind zu verändern bzw. anzugleichen.

Es bestehen gute Chancen, durch dieses Verbundmodell insbesondere bei den Schulträgern eine hohe Akzeptanz zu erreichen. Kein Schulträger wird zu einer Verbundlösung gezwungen. Es steht ihm vielmehr frei, ob er innerhalb des gegliederten Schulwesens eine Schulform als Pflichtschule bereitstellt, ob er alle in den jeweiligen Schulgesetzen vorgesehenen Schulformen als selbständige Schulen anbietet oder ob er mit einem Verbundmodell alle Schulformangebote des gegliederten Systems erhalten bzw. schaffen will. Allerdings findet diese Entscheidungsfreiheit des Schulträgers ihre Grenzen bei der Berücksichtigung der Bildungswünsche der Eltern.

Der Vorteil des Verbundmodells für die Schulträger liegt darin, daß die Bereitstellung eines solchen flexiblen Instrumentariums durch die Schulgesetzgebung des Staates den Kommunen einen Handlungsspielraum eröffnet, den sie zwar unter Berücksichtigung der Elternwünsche entsprechend den jeweiligen Schulgesetzen, ansonsten aber nach ihren eigenen kommunalpolitischen Vorstellungen, ihren finanziellen und räumlichen Ressourcen nutzen können.

Die Forderung, für alle Schüler in einem Stadtteil einen ortsnahen Schulbesuch in einer Stadtteilschule zu ermöglichen, läßt sich entweder mit einem Verbundmodell aller Schulformen des gegliederten Systems oder mit einer Gesamtschule im Stadtteil realisieren. Eine solche Stadtteilschule sollte sich im Interesse der Schüler und Eltern, aber auch der übrigen Bürger, im Sinne der Leitvorstellung „Öffnung von Schule“ dem Stadtteil zuwenden.

Zusammenfassung

Nach unserem Verständnis stellt das örtlich verschieden organisierte gegliederte System einen Teil im allgemeinbildenden Schulwesen dar, während der andere Teil von der Gesamtschule, dem integrierten System, gebildet wird. Beide Systeme ermöglichen grundsätzlich den Zugang zur allgemeinen Hochschulreife, in beiden kann die Schulpflicht erfüllt werden.

In einem so gestalteten Modell hätten beide Systeme in der nun einmal gegebenen Wettbewerbssituation prinzipiell gleiche Entwicklungschancen, weil sie ihr Bildungsangebot grundsätzlich an alle Schülerinnen und Schüler richten.

Mit diesen Vorschlägen zur weiteren Entwicklung des integrierten wie des gegliederten Systems befinden wir uns in Übereinstimmung mit unserem Berliner Programm. Sie sind offen für Weiterentwicklungen der Schulstruktur, die sich aus der Verwirklichung des Ziels der europäischen Einigung, der Integration als Strukturidee, ergeben können.

Sigrid Beer, Paderborn

Offener Brief an Gaby Behler

Sehr geehrte Frau Dr. Behler!

Mit Erschütterung und Entsetzen habe ich den Kurzbericht von Frau Ratzki über die Tagung der SPD-SGK Münster/OWL am 15.2.92 in Münster gelesen (veröffentlicht im GGG-FESCH-Info I/92).

Wenn Frau Ratzki den Extrakt dieser Veranstaltung richtig dargestellt hat, möchte ich empört gegen diese neue „Weichenstellung“ in sozialdemokratischer Bildungspolitik protestieren.

Als Vorsitzende der Elterninitiative, die die Gesamtschule Paderborn-Elsen ins Leben gerufen hat, als Schulpflegschaftsvorsitzende dieser Schule, als Mutter, die ihr Kind bewußt in ein integriertes System angemeldet hat und nicht in ein gegliedertes System (und weitere Kinder dort hinschicken möchte), fühle ich mich verraten und verkauft.

Die Gesamtschule ist nicht der Reparaturbetrieb für die „Macken“ des gegliederten Systems. Wenn Gesamtschulen Probleme haben, dann gerade durch diesen Irrtum.

- (Damit Sie mich nicht mißverstehen: Ich bin nicht dafür, die Gesamtschule als alleinige Schulform zu etablieren. Denn ich unterliege nicht den rosigen Vorstellungen über die allgemeine Reformwilligkeit und -fähigkeit der LehrerInnen an unseren Gymnasien. Einzelnen kann und will ich sie nicht absprechen. Allgemein gesprochen muß ich allerdings sagen, daß mit der Lehrerschaft, die dort vorgefunden wird, überhaupt keine Gesamtschule zu machen ist.)

Denn, Frau Dr. Behler, Gesamtschule ist eine andere Schule, kein Abklatsch des gegliederten Schulwesens!

Gesamtschule ist eine andere Schule im pädagogischen, sozialen und demokratischen Verständnis.

Es ist richtig: Die Eltern sollen wählen können. Wollen sie ihr Kind in die Säule I schicken oder in die Säule II?

Diese Säulen müssen jedoch als verschiedene Systeme konzipiert sein:

1. Säule:

Gymnasium mit Sekundarstufen I und II und angegliedertem Sekundarstufen-I-Zweig (Realschule/Hauptschule)

2. Säule:

Gesamtschule, Schule der Sekundarstufen I und II in eigenständiger, eben integrierter Konzeption

Entpuppt sich dagegen das SPD-OWL-Konzept als verkapptes Gymnasialmodell mit Abschiebebahnhof 2. Säule? Es sieht nun ganz danach aus. Dann legen Sie doch bitte die Karten offen auf den Tisch. Konsequenterweise sollten Sie sich

Sigrid Beer, Paderborn
Offener Brief an Gaby Behler

dann dem Beschluß des CDU-Landesparteitages anschließen und die Gesamtschulen auflösen. Denn sonst würde Etikettenschwindel produziert, der jetzt mit so vielen Krokodilstränen apostrophiert wird.

Betroffen macht mich, daß der Grabgesang auf eine Schule mit sozialen und demokratischen Grundsätzen von einer Bildungspolitikerin aus Ostwestfalen angestimmt wird.

Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß die Gymnasien, wenn sie auch pädagogisch nicht reagieren, die Übergangsquoten gern so festhalten möchten, wie sie bereits heute bestehen. Es geht ja auch um Stellensicherungen, Aufstiegsmöglichkeiten usw.. Bei einem weiteren Ansteigen der Quoten werden wir jedoch bald geeignete Selektionsmechanismen erleben.

Ja, die guten, alten Zeiten ... wobei wir bei einem weiteren Aspekt der Beschlüsse des CDU-Parteitages wären: Verteilung von Blaumännern, white collars und Hochschulplätzen schon nach der Grundschule. Na, wer wohl was kriegt?!

Was bleibt, ist die äußerst vage Hoffnung, daß alles nur ein kaptales Mißverständnis war oder ein schlechter Witz.

Ich fordere die sozialdemokratischen PolitikerInnen, besonders in OWL aber auch in ganz NRW, auf, zu prüfen, ob dies das Mandat ist, das sie gemeint haben, als sie Sie, Frau Dr. Behler, zur Vorsitzenden der SPD-Bildungskommission gewählt haben.

Wenn das wirklich die Beendigung der Bemühungen ist, eine soziale und demokratische Alternative im Bildungswesen zu schaffen und zu erhalten, dann gibt es für mich keine wählbare sozialdemokratische Politik mehr.

Mit freundlichen Grüßen

Sigrid Beer

Klaus Hurrelman, Universität Bielefeld

Wie geht es weiter mit der Entwicklung der Gesamtschulen?

In der letzten Ausgabe von GGG-FESCH-Info (I/92) finden sich einige gepfeferte Stellungnahmen zu meinem Vorschlag, einen Kurswechsel in der Weiterentwicklung der Gesamtschulpolitik vorzunehmen. Mein Vorschlag ist, die Gesamtschulpolitik so umzustellen, daß sie nicht mehr auf die Gesamtschule als eine alle anderen Schulformen der Sekundarstufe ersetzende Schulform hinausläuft, sondern als eine ergänzende Schulform zur Schulform Gymnasium konzipiert wird. Ob dieser Vorschlag politisch klug und pädagogisch sinnvoll ist, darüber läßt sich selbstverständlich streiten. Unfair aber ist es, wenn dieser Vorschlag nur in verzerrter und bewußt falsch verstandener Form vermittelt wird, wie es insbesondere in dem angeblichen „Bericht“ über eine Tagung der SPD in Münster von Anne Ratzki geschieht. Anne Ratzki hat ihre Protokollnotizen von der Sitzung in Auszügen wiedergegeben und sie ist mir ihren Kommentaren vermischt. Das ist keine seriöse Form von Berichterstattung!

Worum geht es? Es geht doch um die Frage, ob nach über 20 Jahren Schulreform in Richtung Gesamtschulen der weitere Kurs heißen soll: Weiter so! - oder nicht. Wenn im Land Nordrhein-Westfalen kein Kurswechsel in der Schulpolitik eingeschlagen wird, dann läßt sich für die nächsten fünf Jahre ein weiteres spürbares Anwachsen der Schulform Gymnasium vorhersagen. Schon heute sind die Übergangsquoten zum Gymnasium in Nordrhein-Westfalen bei den Fünftklässlern auf fast 39 % hochgegangen. In wenigen Jahren wird die Schulform Gymnasium in Nordrhein-Westfalen also 40 % und mehr Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs aufnehmen.

Auch die Gesamtschulen werden weiter anwachsen, wie die Trends der letzten Jahre zeigen. Sie liegen jetzt schon landesweit bei etwa 14 % an Zugängen in den fünften Schuljahren, und man kann wohl erwarten, daß in etwa fünf Jahren landesweit ein solcher Anteil der gesamten Schülerschaft diese Schulform besuchen wird. Es sieht so aus, daß die Schulform Realschule in den nächsten Jahren kaum noch ihren Schüleranteil vergrößern könnte. Die Hauptschulen werden weiterhin kräftig abschmelzen. Die Sonderschulen werden in etwa ihren jetzigen Stand halten, es sei denn, Bemühungen um Integration von Schülerinnen und Schülern in die Regelschulen würden in einem größeren Ausmaß erfolgreich werden als heute. Nach 20 Jahren Schulentwicklungspolitik muß es erlaubt sein, eine kritische Bilanz zu ziehen. Sie lautet für mich: Die ursprüngliche Idee, die Gesamtschule als eine ersetzende Schulform durchzusetzen, hat sich bislang nicht verwirklichen lassen. Entgegen der ursprünglichen Absicht hat die Einführung der Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen auch nicht eine zunehmende Integration von Schülerpopulationen mit sich gebracht, sondern - auf das ganze Schulsystem gesehen - eine weitere Segmentierung. Statt vorher drei weiterfüh-

rende Schulen neben der Sonderschule haben wir heute vier solche weiterführende Schulen. Zweifellos ist die Gesamtschule für sich gesehen die integrativste aller Schulformen, doch da sie nicht die einzige Schulform ist, wirkt sie eben unfreiwillig segmentierend. Dies trägt vor allem dazu bei, daß sich an den Hauptschulen immer stärker eine pädagogisch schwer ansprechbare Schülerschaft sammelt, die sich mitunter wie in einem sozialen Ghetto fühlen muß. Das gilt auch für die Lehrerschaft an diesen Schulen und die Eltern.

Soll die Politik also einfach so weiterlaufen wie bisher? Will die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule an der Fiktion festhalten, es könne in der Bundesrepublik Deutschland den Tag geben, an dem die Einführung der integrierten Gesamtschule als einziger Schulform der Sekundarstufe erfolgt. Aus heutiger Sicht ist es unwahrscheinlich, daß in irgendeinem der 16 Bundesländer in den nächsten fünf Jahren eine solche Entscheidung ansteht, auch nicht in Nordrhein-Westfalen.

Ich habe deshalb auf der Konferenz in Münster dafür plädiert, einen Kurswechsel in der Schulpolitik und damit auch der Gesamtschulpolitik vorzunehmen. Geben wir die politische Fiktion auf, daß die Gesamtschule als eine alle anderen Schulformen ersetzende Schule zu verwirklichen ist! Nehmen wir zur Kenntnis, daß in keinem mit der Bundesrepublik Deutschland vergleichbaren westlichen Industrieland eine flächendeckende Einführung der Gesamtschule gelungen ist! Versuchen wir doch, die in den letzten 20 Jahren gewonnenen Erkenntnisse über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer schulpolitischen Entwicklung produktiv umzusetzen! Und bemühen wir uns schließlich darum, einen breiten Konsens in schulpolitischen und bildungspolitischen Fragen herzustellen, weil doch die Erfahrung der letzten 20 Jahre auch zeigt, wie ungünstig eine Dauerfehde der bildungspolitischen Lager sich auf die pädagogische Arbeit in Schulen auswirkt! Mein Vorschlag lautet, soviel Integration von Schulformen vorzunehmen wie irgend möglich. Diese Integration sollte sich auf die Mittelstufe und auf die Oberstufe beziehen. Was spricht dagegen, die pädagogischen Zielsetzungen der Gesamtschule als einer differenzierten und integrierten Schule auch dann zu verwirklichen, wenn diese Schule neben dem Gymnasium aufgebaut wird? Wir würden damit die Chance gewinnen, eine Schulform aufzubauen, die sich stark an reformpädagogischen Konzepten orientiert, insbesondere einen deutlichen Lebensweltbezug, einen Arbeitsweltbezug und Prinzipien des fachübergreifenden Arbeitens herstellt. Die Schulform Gesamtschule, die neben dem Gymnasium nach vier Jahren Grundschule angeboten wird, hat bei freier Wahl von Schulformen - ohne jeden staatlichen Dirigismus - alle Chancen, als Alternative zum Gymnasium angewählt zu werden. Diese Chancen steigen dann, wenn sie eine eigene Oberstufe erhält, die nicht wie heute mit der gymnasialen Oberstufe identisch ist. Meiner Ansicht nach wird das Konzept einer Alternative zum fachorientierten, allein studienbezogenen Ausbildungsgang des Gymnasiums dann viel deutlicher als heute, wenn die Oberstufe der Gesamtschule ebenfalls diffe-

renzierte und integrierte Aufbauprinzipien hat. Das bedeutet also: Die Oberstufe orientiert sich an den heutigen Konzepten von Berufsschulzentren und Kollegschulen, die in geeigneter Weise weiterentwickelt werden müssen. Die Oberstufe ist in differenzierten Schritten so aufgebaut, daß alle in unserem Bildungssystem bekannten Schulabschlüsse in ihr erworben werden können. Durch die formale Gleichstellung aller Abschlüsse, die im Gymnasium und in der Gesamtschule erworben werden, ist die Gleichberechtigung der beiden Schulformen für Elternschaft und Schülerschaft deutlich erkennbar.

Die Idee heißt also: Es existieren nach der Grundschule zwei gleichberechtigte, von den Abschlußmöglichkeiten voll vergleichbare, aber in ihrem inhaltlichen pädagogischen Konzept alternative Schulformen in der Sekundarstufe I und in der Sekundarstufe II. Das ist nicht die ursprüngliche Idee der integrierten, flächendeckend eingeführten ersetzenden Gesamtschule, kein Zweifel. Aber auf diese Weise können doch wesentliche inhaltliche Impulse einer Reformpädagogik transportiert werden, die den Schülerinnen und Schülern zugute kommen. Mit einem solchen Kurswechsel in der Gesamtschulpolitik tragen wir auch glaubwürdig dazu bei, mit der Segregation von Schülergruppen Schluß zu machen. Wir gehen wieder einen deutlichen Schritt in Richtung der Integration von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und unterschiedlichen persönlichen Biographien und Entwicklungsgeschichten. Wir hätten zwei Basisformen von Schulen der Sekundarstufe, die nebeneinander laufen; daneben bliebe die Sonderschule bestehen, wobei allerdings über jeden möglichen Schritt der Integration der Schülerschaft der Sonderschulen in die beiden Basisformen nachgedacht werden müßte.

Jeder der beiden Schulformen, die sich um besondere pädagogische Aufträge verdient macht, müßte hierfür finanziell und von der Personalausstattung her einen Bonus bekommen. Das bedeutet also: Nimmt eine der beiden Basisschulformen Ganztagsunterricht auf, bemüht sie sich um die Integration von ausländischen Kindern, bemüht sie sich um die Integration von Kindern mit Lernschwierigkeiten, bietet sie weitere spezielle Förderprogramme für andere Schülergruppen an, usw. dann erhält sie nach den gleichen Maßstäben finanzielle und personelle Zuschläge zu ihrer Grundausrüstung. Auf diese Weise kann ein Anreizsystem geschaffen werden, wonach sich die Beschäftigung mit neuartigen und schwierigen pädagogischen Problemen für eine Schule lohnt.

Wäre das nicht eine Perspektive für die Weiterentwicklung von Gesamtschulen, die mehr als nur billige Polemik lohnt? Wäre das nicht doch ein nachdenkenswertes Modell, das so ketzerisch nicht ist, wie es Anne Ratzki in ihrem angeblichen „Bericht“ unterstellt? Wäre das nicht eine zeitgemäße Neubelebung des Gesamtschulgedankens, die Aussicht auf einen viel breiteren politischen Konsens hat als die heutige Gesamtschulpolitik?

Anne Ratzki

Stellungnahme zur Entgegnung von Klaus Hurrelmann

Sag mir, was die Säulen sind ...

Ein Kommentar

Mehr als einen Monat nach der SPD-Tagung in Münster erreicht mich der Brief eines Gesamtschulkollegen aus Ostwestfalen. Er schreibt: „Leider lese ich erst heute Deinen Bericht über die „Bildung für das Jahr 2000“ - Tagung in Münster am 15.02. Eine gleiche Tagung hat am 07.03. in Bielefeld stattgefunden, die Berichte sind austauschbar und im Ergebnis besorgniserregend.“

Herr Hurrelmann beklagt sich heftig über meinen „Bericht“, bei der Redaktion von Fesch-Forum und bei mir persönlich. Ich habe mich gefreut, von ihm Post zu bekommen, denn so können wir die kritische Auseinandersetzung über seine „Säulen“ in der Gesamtschulöffentlichkeit fortsetzen. Doch worüber beklagt er sich? Sein Vorschlag, die Gesamtschule nicht mehr als ersetzende, sondern als eine ergänzende Schulform zur Schulform Gymnasium zu konzipieren, sei in „verzerrter und bewußt falsch verstandener Form vermittelt worden“. Mein „angeblicher Bericht“ habe Protokollnotizen mit Kommentaren vermischt und das sei „keine seriöse Form der Berichterstattung“.

Klaus Hurrelmann beklagt sich nicht darüber, daß etwas inhaltlich falsch dargestellt sei, er sagt auch nicht, was denn nun verzerrt worden sei, sondern er schreibt eine Art „Gegendarstellung“, die in diesem Heft veröffentlicht ist und zu der mich die Herausgeber um einen Kommentar gebeten haben.

Was bleibt? Mein Bericht reduziert Hurrelmanns Botschaft zur Gesamtschule auf ihren Kern: „Gesamtschule ist nicht mehr als ersetzende, sondern als ergänzende Schule zu sehen: Die Hauptschule müßte in die Gesamtschule eingegliedert werden. Mit den Ausländern, den Lernschwierigen und den sozial Schwachen sollte die Gesamtschule alle Sonderaufgaben des Schulwesens übernehmen“. Dieser Kern ist politisch und nicht pädagogisch. Die pädagogischen Streichel-einheiten, die Hurrelmann in Münster und auch jetzt wieder an die Gesamtschule verteilt, lenken eher ab, machen die Kernaussage weicher, ändern sie aber nicht.

Gegenüber seinen Ausführungen auf der Tagung in Münster enthält Hurrelmanns „Gegendarstellung“ einen Widerspruch und eine Auslassung.

Sie übergeht das zentrale Problem der Rückläufer aus den Gymnasien. Zentral deshalb, weil auch über die Rückläufer entschieden wird, wer wirklich für die Mühseligen und Beladenen der Gesellschaft, die Lern- und Verhaltensschwierigen und die sozial Schwachen zuständig ist. Eine Schule, die diese Probleme an andere weitergeben darf und sich von diesen „Störungen“ freihält, wird immer auch daraus ihre Attraktivität beziehen - wer wünscht sie nicht für sein Kind, die Schule ohne Störungen und Problemfälle? So führt nur die Verantwortlichkeit jeder Schule für die Kinder, die bei ihr angemeldet sind, zu einer gerechten und sozialverträglichen Verteilung der Lasten. Bei der Grundschule können wir dies

seit mehr als 70 Jahren beobachten. Zugleich zwingt nur diese Verantwortlichkeit zu einem Mehr an pädagogischer Entwicklung, weil sonst heute Schule nicht mehr machbar ist.

Attraktivität auf Kosten anderer, Schwächerer, ist der Bonus, den Hurrelmann dem Gymnasium zudedacht hat. Dagegen sind alle „Bonbons“ für die Gesamtschule nur Trostpflästerchen, denn politisch gewollte Konzentration aller Problemfälle auf eine Schule läßt sich nicht durch Pädagogik ausgleichen - trauriges Beispiel dafür ist die Hauptschule. Ich weiß nicht, ob Hurrelmann wirklich glaubt, eine „ergänzende“ Schule neben dem Gymnasium attraktiv machen zu können oder ob er sein „Zwei-Säulen-Modell“ nur als eingängige Formel benutzt, um dem Gymnasium den Rücken freizuhalten.

Gesamtschule als Schule für alle Kinder hat ja eine Doppelbedeutung, die in sich zusammenhängt: Einmal als Schule, in die alle Kinder gehen - da hat Hurrelmann recht, dies ist nicht in Sicht. Aber auch als Schule, in die alle Arten von Kindern gehen - Hochbegabte schnell Lernende, Kinder mit unterschiedlichen Lernschwerpunkten, langsam Lernende, Kinder mit Lernstörungen aller Art bis hin zur Behinderung. Auf eine so heterogene Schülerschaft - sie muß nicht quotiert sein! - ist die Lernorganisation, sind die Curricula und die verschiedenen Abschlüsse bis hin zum Abitur zugeschnitten.

Und diese Gesamtschule, die wir aufgebaut und mit Leben erfüllt haben, die von Jahr zu Jahr bundesweit von mehr Eltern für ihre Kinder gewählt wird, wenn die Landespolitik dies zuläßt, deren pädagogische Leistungen inzwischen selbst ihre Gegner anerkennen - diese Gesamtschule wollen wir erhalten und ausbauen als eigenständiges und vollständiges Schulsystem und nicht zu einer „Säule“ des gegliederten Schulsystems verstümmeln lassen! Deswegen bestehen wir auch auf der Vollständigkeit der Gesamtschule mit ihrer eigenen Oberstufe. Hier liegt übrigens der Widerspruch zwischen Hurrelmanns Ausführungen in Münster und der „Gegendarstellung“ in diesem Heft.

In Münster hat er unmißverständlich dafür plädiert, die Oberstufe von der Gesamtschule abzutrennen und dies mit der dann nicht mehr „gymnasialen“ Schülerschaft der Gesamtschule begründet. Eine Oberstufe minderen Ansehens, die beruflich orientiert ist und nicht mehr zur allgemeinen Hochschulreife führt, haben inzwischen auch alle Gegner der Gesamtschule für diese vorgeschlagen. In der „Gegendarstellung“ nun beschreibt Hurrelmann reichlich nebulös eine Gesamtschuloberstufe, „die ebenfalls differenzierte und integrierte Aufbauprinzipien hat“. Und das soll bedeuten: „Die Oberstufe orientiert sich an den heutigen Konzepten von Berufsschulzentren und Kollegschulen, die in geeigneter Weise weiterentwickelt werden müssen. ... Durch die formale Gleichstellung aller Abschlüsse, die im Gymnasium und in der Gesamtschule erworben werden, ist die Gleichberechtigung der beiden Schulformen für Elternschaft und Schülerschaft deutlich erkennbar“. Formale Gleichstellung - nicht auch inhaltliche? Was bedeutet das? Das alles ist so unscharf, allgemein und appellativ, daß es je nach

politischem Bedarf verschieden ausgelegt werden kann. Von daher ist der Widerspruch, daß Hurrelmann in seiner „Gegendarstellung“ für eine eigene Gesamtschuloberstufe eintritt, die er in Münster ablehnte, möglicherweise gar keiner.

Schule hat viele Aspekte, pädagogische, psychologische, auch politische, wenn es um Ansehen und Einschätzung in der Öffentlichkeit geht.

Bei der Entwicklung von Modellen im politischen Raum spielen politisch-psychologische Aspekte eine Hauptrolle, die Pädagogik wird da eher instrumentalisiert.

Sie sollte aber zumindest im Dialog zwischen Erziehungswissenschaftlern und Lehrern (wo findet der statt?) als eigenständiger Wert im Mittelpunkt stehen.

Anne Ratzki

Schule 2000 - Eine Reise in die nahe Zukunft

Eine Vision: Als NRW sich 1992 an die Spitze der Schulentwicklung in den Alt-Bundesländern setzte

zwd Köln - Ein sowohl integriertes als auch differenziertes Stufenmodell als Lösung für die Schulstrukturkrise: So könnte im Jahr 2000 das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aussehen. Die Leiterin der Gesamtschule Köln-Holweide und Bundesvorsitzende der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG), Anne Ratzki, entwarf anlässlich einer Tagung von SPD und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Münster die Vision eines für SchülerInnen wie für Eltern, LehrerInnen und BildungspolitikerInnen, aber auch FinanzministerInnen zufriedenstellenden Schulsystems - auch als „etwas freche Alternative“ (A. Ratzki) zum Zwei-Säulen-Modell des Bielefelder Schulforschers Prof. Klaus Hurrelmann. Der zwd begleitete die Kölner Schulleiterin auf ihrer „Zeitreise“.

Februar 2000. Schon fast vergessen sind die Feuerwerksorgien der Silvesternacht der Jahrtausendwende. Alltag ist eingelebt, auch in die Gesamtschule.

Quirlig quellen die Schüler und Schülerinnen aus der leicht verwitterten Schultür, die zum ehrwürdig blickenden Gebäude des ehemaligen Gymnasiums Paulinum gehört. Zurufe, Sprachfetzen hört die Zeitreisende aus dem Jahr 1992: Es geht um Tests, um das Betriebspraktikum, Ärger mit Schulfremden in der Disco, um das Basketballturnier der Rollstuhlfahrer, freundschaftlich-spitze Hänseleien. Der Pulk der radfahrenden SchülerInnen trifft sich mit denen der nahe gelegenen Gesamtschule im Kreuzviertel, einer ehemaligen Realschule. Freunde begrüßen sich lautstark, Freundinnen beginnen ihren Schwatz über Kleider und Liebe von Rad zu Rad.

Verblüfft stelle ich, die Zeitreisende fest: Ähnliche Szenen in ganz Münster am Nachmittag zwischen 15.00 und 15.30 Uhr. Münster - eine Gesamtschulstadt? Was ist geschehen? Ich mache mich auf, frage im Schulamt nach, bei der Bezirksregierung, vor allem bei den Bildungspolitikern und der Kultusministerin.

In NRW gibt es bald nur noch Gesamtschulen

Und das finde ich heraus. Ganz NRW ist dabei, sein Schulsystem auf Gesamtschule umzustellen. Ein Landesgesetz von 1995 verpflichtet die Gemeinden, bis 2005 ihr gespaltenes, zerrissenes, unrentables Schulwesen neu zu ordnen, in vertretbaren Betriebsgrößen, unter Nutzung vorhandener Gebäude, Minimierung der Schülerfahrkosten. Zwar ist NRW keineswegs ein armes Land, doch die Politiker haben sich entschlossen, die Gelder für die innere Schulreform aufzustocken: Ganztagschulen werden eingerichtet und erhalten 30-35 Prozent Zuschlag. Team-Kleingruppen-Schulen, die am weitesten verbreitete Gesamtschulart, erhalten Kooperationsstunden für Teamsitzungen und Team-teaching. Nachbarschaftsschulen werden mit zusätzlichen Stellen ausgestattet. Behinderte Kin-

der werden weitgehend in Regelsysteme eingegliedert, und diese Schulen erhalten genug Personal für Doppelbesetzung und Einzelförderung und -betreuung. Allerdings rechnet sich die Integration inzwischen durch die Schließung der meisten Sonderschulen, nur noch einige Förderzentren beraten die Schulen, organisieren Fortbildung und sorgen für Schwerstbehinderte.

Der Schwachpunkt war das gegliederte Schulwesen

1992 wurde der Anfang gemacht. was vorausging, hatte für Verwirrung, aber auch für die neue Diskussion um die Schule gesorgt. Das Kienbaumgutachten von 1991 machte die Kosten deutlich, die durch winzige Hauptschulen und gymnasiale Mini-Oberstufen entstanden. Nach einer widersprüchlichen Diskussion und ungeeigneten Beschlüssen der Landesregierung lichtetete sich allmählich der Nebel, und eine nüchterne Analyse zeigte die eigentlichen Schwachstellen im System auf: Ein zergliedertes Schulwesen, an dem gegen den Willen der Mehrheit der Eltern festgehalten wurde.

Im Schatten des lautstarken westlichen Politikertheaters begann zur gleichen Zeit in Brandenburg ein anderes Schulexperiment. Neben 300 Gesamtschulen gab es nur 80 Gymnasien und 60 Realschulen. Ein Schulwechsel von Amts wegen war nicht mehr vorgesehen. In enger Zusammenarbeit mit den NRW-Gesamtschulen entwickelte sich die innere Struktur und die Pädagogik der Gesamtschulen: Sie verstanden sich bald als eigenes, integriertes System neben dem gegliederten System und beharrten darauf, nicht einen Platz im gegliederten System zu erhalten - für ihre schulschwierigen Schüler mußten Gymnasien und Realschulen durch Einrichtung von Förderklassen selber sorgen.

Die freie Schulwahl der Eltern war gesetzlich garantiert, und einige Jahre lang strömte ein zunehmender Schüleranteil zur sagenumwobenen westlichen „Eliteschule“, dem Gymnasium. Da aber auch die Gesamtschule das Abitur anbot, und durch Wahlpflichtangebote über die Fremdsprachen hinaus eine breitere Profilbildung möglich machte, entschieden sich schon wenige Jahre später die Eltern mehr und mehr für die Gesamtschule, vor allem, wenn sie auch die pädagogisch bessere Schule war. Manche Gymnasien hatten sich inzwischen schon zu einer kooperativen Schule mit zwei oder drei Niveaustufen, Streams, entwickelt, andere begnügten sich mit verstärkter Fachleistungsdifferenzierung, wieder andere setzten auf innere Differenzierung. Den Realschulen gelang es nicht, ein eigenständiges Profil auszubilden; da die Eltern für ihre Kinder die Option Abitur bevorzugten, waren die meisten Realschulen mangels Elterninteresse wieder geschlossen worden.

Gesamt-Gymnasium für alle Schulen mit Abitur

Seit 1997 gingen immer mehr Gymnasien dazu über, beim Ministerium in Potsdam den Antrag auf Gesamtgymnasien zu stellen, da sie damit auch den Wahlpflichtbereich der Gesamtschule übernehmen durften. Die Brandenburgische Landesregierung erwägt inzwischen, den Namen Gesamt-Gymnasium für alle Schulen mit Abitur einzuführen.

Durch diese Schulpolitik gelang es Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern, die Kosten für das Schulwesen enorm zu senken, obwohl es eine gute Lehrerausstattung für reformpädagogische Arbeit zur Verfügung stellte.

NRW tat sich in der Schulentwicklung besonders schwer, da Unvereinbares zugleich gewollt wurde: Den traditionellen Charakter des Gymnasiums zu erhalten, Gesamtschulen die Vierzügigkeit vorzuschreiben, obwohl keine Gebäude dafür da waren, Ganztagschulen fast ohne Lehrerschlag einzurichten, Integrationschulen der Primarstufe und Sekundarstufe I neben einem voll ausgebauten Sonderschulwesen aufzubauen.

Der Finanzminister übernahm die Leitung des Schulressorts

Niemand sollte behelligt werden, und alle waren unzufrieden. Der Finanzminister übernahm schließlich die Leitung des Schulressorts, Gutachten wurden in Auftrag gegeben, die längst bekannte Mängel und Probleme für teures Geld zusammenfassend darstellten. Als Folge kürzte die Landesregierung Stundentafeln und Anrechnungsstunden der Lehrer, Altersermäßigung und Rechte des Personalrats, was die Unzufriedenheit steigerte und den Unterricht nicht erfolgreicher machte.

Eine Gruppe von SPD-Abgeordneten war es schließlich leid, daß ständig aus richtigen Analysen falsche Konsequenzen gezogen wurden und von der politisch verschuldeten Zersplitterung eines kostspieligen Schulwesens durch Schuldzuweisung an die LehrerInnen im allgemeinen oder gar an die Gesamtschule im besonderen abgelenkt wurde.

Inhaltliche Verbesserungen gepaart mit Kosteneinsparungen

Diese Abgeordneten erfuhren breite Unterstützung von den Grünen, von GEW, GGG, Landesschülervertretung und den frustrierten Eltern, auch von vielen LehrerInnen aller Schulformen, die jahrelang vergeblich gegen die sich verschlechternde Unterrichtssituation protestiert hatten. Die Gruppe erarbeitete Alternativvorschläge zur Reform der Schulstruktur in NRW, die sowohl zu Kosteneinsparungen wie zu inhaltlichen Verbesserungen führen sollten.

Zwei Modelle kristallisierten sich heraus:

1. Das Stufenmodell: In der Region gibt es Grundstufe, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II. Langformen werden nach Stufen geteilt. Die Sekundarstufe I kann integriert oder differenziert errichtet werden, umfaßt aber alle Bildungsgänge. Die Sekundarstufe II wird in größeren Einheiten, möglichst mit Abitur- und Berufsbildungsgängen, organisiert.
2. Das Modell der zwei Systeme: Es gibt das gegliederte System und das integrierte System. Als integriertes System bietet die Gesamtschule wie bisher alle Bildungsgänge und alle Abschlüsse bis zum Abitur.

Hamburger Abkommen wurde auf den Stand von 1992 gebracht

Das Hamburger Abkommen der Ministerpräsidenten von 1964 war 1992 endlich auf den Stand der Schulentwicklung gebracht worden, was Sonderregelungen für Gesamtschulen überflüssig machte.

Im gegliederten System werden Hauptschulen zunächst mit Realschulen zusammengefaßt und teilintegriert, als nächster Schritt kooperieren sie mit der Mittelstufe eines Gymnasiums, mit dem sie eine gemeinsame Oberstufe bilden.

Es ist nicht zulässig, Haupt- und Realschulen aufzulösen und nur Gymnasien alter Form und Gesamtschulen anzubieten.

Die Integration behinderter Kinder ist in beiden Alternativen durchgängig vorgesehen.

Eine breite Nachqualifizierung der Lehrkräfte in integrativer Pädagogik durch systematische LehrerInnenfortbildung ist verbindliches Begleitprogramm.

Dazu wird die LehrerInnenfortbildung durch fünf Außenstellen von Soest dezentralisiert und regionalisiert, um ortsnäher auf die Bedürfnisse der sich verändernden Schulen eingehen zu können.

Mit der Reform der LehrerInnenausbildung für integrierten und differenzierten Unterricht in heterogenen SchülerInnengruppen wurde nach einem mühsamen Überzeugungsprozeß der Hochschulen begonnen.

Einsparungen waren bei der ersten Variante enorm

Die beiden Alternativen wurden von Experten durchgerechnet; die Einsparungen vor allem der ersten Variante waren enorm. Dazu kamen die eingesparten Kosten für die Sitzbleiber.

Die Kommunen zeigten Interesse. Auf breiter Ebene wurden die Alternativen als Lösung struktureller, psychologischer und pädagogischer Fragen der Öffentlichkeit vorgestellt: Aufhebung der Auslese der Kinder nach dem vierten Schuljahr, Beendigung der psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen durch Sitzbleiben und Schulwechsel (hier hat der Kinderschutzbund viel Öffentlichkeitsarbeit übernommen), Aufhebung der Benachteiligung naturwissenschaftlich und technisch Begabter, die Ausweitung pädagogischer Konzepte wie Freie Arbeit, projektorientierter Unterricht, Team-Kleingruppen-Modell auf immer mehr Schulen, und, last not least, eine bessere Vereinbarkeit mit den anderen europäischen Schulsystemen.

Das Gymnasium wurde in einen Entwicklungsprozeß einbezogen

Der Widerstand blieb nicht aus. Er wurde jedoch durch drei Hindernisse geschwächt. Die Verteidigung der Hauptschule und damit die Erhaltung eines selektierenden Gymnasiums wurde angesichts des Wahlverhaltens der Eltern immer unglaubwürdiger; die Kosten für die immer kleiner werdenden Hauptschulen und die Schülerfahrkosten für ein zersplittertes Schulwesen wollten die Kommunen nicht mehr bezahlen. Das Gymnasium wurde nicht abgeschafft,

sondern in einen Entwicklungsprozeß einbezogen, den niemand für schlecht halten konnte.

Nach einer breiten Diskussion im Lande wurde im Schulentwicklungsgesetz von 1995 den Kommunen freigestellt, welches der beiden Modelle sie übernehmen wollten. Ein Zeitraum von zehn Jahren war für diese Entwicklung vorgesehen.

NRW hatte sich an die Spitze der Schulentwicklung gesetzt

NRW hatte sich damit an die Spitze der Schulentwicklung im Westen des wiedervereinigten Deutschlands gesetzt, und andere Länder folgten seinem Beispiel. Die Zeitreisende mischt sich beglückt in den Strom der radfahrenden Münsteraner GesamtschülerInnen, von denen immer wieder welche abbiegen, zu Siedlungen, Wohnblocks, Einfamilienhäusern und Villen.

Reiner Scholz

**Abschied vom einsamen Lehrer und früher Auslese
In Basel hat die innere und äußere Schulreform begonnen
„Psycho-Fortbildung“ für Kollegien**

BASEL. „Wir lieben Basel und wollen nicht ausziehen“, annoncierte das Basler Architekten- und Handwerkerkomitee. Ein Arbeiterkomitee wollte „keinen Einheitstopf“. Ein Komitee „gegen das Experiment Schulreform“ sah die Basler Schulwelt als billigen Film, in dem es nur Helden und Bösewichte gibt. Den Guten, also den Basler Kindern, solle durch die Schulreform zugemutet werden, mit den Schlechten, den Kindern „von Gastarbeitern, Asylsuchenden und Zuge-reisten“, gemeinsam die Schulbank zu drücken. Da sei das Volk vor, das deshalb vom Komitee aufgefordert wurde, mit Nein zu stimmen.

Doch am Abend des 4. Dezember 1988 waren all diese Anzeigen Makulatur, hatte sich dieses dubiose Komiteewesen überlebt. Mit 54 Prozent Ja-Stimmen votierte das Basler Volk in einer Volksabstimmung überraschend deutlich für eine Schulreform, die einer kleinen Revolution gleichkommt. Künftig besuchen alle Schüler der Klassen fünf bis sieben gemeinsam die neuzuschaffende Orientierungsschule. Ab Klasse acht teilt sich dann das Schulsystem in das Gymnasium (bis Klasse 12) und die Weiterbildungsschule (bis Klasse 9 oder 10). Damit war das überkommene dreigliedrige Schulsystem, das die Schüler nach Klasse vier, also schon in ihrem 10. Lebensjahr, rigoros in Untergymnasium, Realschule und Sekundarschule aufteilt, schnöde abgewählt.

Erstmals in der Geschichte der Schweiz (vielleicht sogar in der „Weltgeschichte“?) hat damit eine Mehrheit der Wahlbürger für eine weitgehende Demokratisierung des Schulsystems gestimmt. Hier waren die Verhältnisse noch verkrusteter als anderswo. Das alte System war wenig durchlässig. Zudem waren die Zahlenverhältnisse in Basels Mittelstufen (ähnlich wie in den meisten westdeutschen Großstädten) völlig aus dem Ruder gelaufen. Einer Quote von 42,8 Prozent Gymnasialübergängern (1987) standen nur 19,5 Prozent gegenüber, die auf den Sekundarschulen (vergleichbar der westdeutschen Hauptschule) verblieben. Über 20 Prozent der gymnasialen Überwechsler blieb bereits in Klasse fünf sitzen. Dazu kamen die Klagen von Universität, Wirtschaft und Gewerbe, wonach die Schüler auf die Zukunft immer schlechter vorbereitet wurden.

Der damals vorgelegte „Bericht der Großratskommission Schulreform“, dem die Basler zustimmten, gab sich erst gar nicht mit kosmetischen Korrekturen ab. Er kritisierte das alte System grundsätzlich. „Die Schule (...) kann den Anforderungen der Zeit nicht mehr folgen“ und formulierte zwei Kernüberzeugungen. Erstens: Die Auslese der Schüler müßte weiter hinausgeschoben werden. Zweitens: Das Gymnasium solle nur noch 25 Prozent der Schüler aufnehmen müssen. Um herauszufinden, auf welche Weise die Stadt am Rhein am besten aus der Schul-malaise herauskommen könnte, besuchte die Großratskommission damals etliche

Schulen, die allesamt die Frühauslese nach dem vierten Schuljahr abgeschafft oder erheblich abgemildert haben: die Manuelschule in Bern, die Scuola Media im Tessin, das an additiven Gesamtschulen orientierte Mittelschulmodell Le cycle d'orientation in Genf und die Orientierungsstufe in Hessen.

Danach baute sie ihr eigenes Modell: In der fünften Klasse der neu einzurichtenden Orientierungsschule sind noch alle Schüler zusammen. In der sechsten nimmt ein breites Angebot von Wahlfächern Rücksicht auf persönliche Wünsche und Begabungen. In der siebten werden die Schüler einer Klasse in den Hauptfächern Deutsch, Französisch und Mathematik auf zwei Niveaus nach Leistung differenziert. Ein Schüler kann danach nur dann aufs Gymnasium wechseln, wenn er in mindestens zwei dieser Fächer in einem oberen Kurs ist. Ein Sitzenbleiben gibt es nur noch auf Wunsch des Schülers oder der Eltern. Auch zum konkreten Unterrichtsgeschehen nahm der Bericht Stellung und befand beispielsweise über das Gymnasium, daß dort „unrealistisch gewordene Ideale abgebaut werden“ müßten.

Bis dahin machte die europäische Entwicklung, wonach die Schulsysteme immer durchlässiger werden, um das bildungsstarke Basel einen großen Bogen. Die Universitätsstadt hatte es nicht einmal zu einer (Modell-)Gesamtschule gebracht. Auf Reformvorhaben reagierte das Basler-Volk stets konservativ. Schon 1878 forderte der freisinnige Erziehungsdirektor Wilhelm Klein die Verlängerung der Primarschule auf fünf Jahre mit anschließender Einheitsmittelschule. Er wurde abgewählt. 1922 brachte ein sozialdemokratischer Erziehungsdirektor die Idee einer zweijährigen, einheitlichen Sekundarschule ein. Sieben Jahre wurde darüber beraten. Dann wurde die Idee verworfen. 1968, als die Ausläufer der Studentenbewegung die europäischen Bildungssysteme ins Wanken brachte, schlug ein Arbeitsausschuß im Auftrage der Regierung eine Totalrevision des Schulgesetzes vor. Herzstück des Projekts „Neue Schule“ sollte eine reformierte Mittelstufe sein, organisiert nach den Prinzipien der Gesamtschule. Sie wurde in der Volksabstimmung vom November 1973 niedergestimmt. Kleine Korrekturen wurden vorgenommen. Doch Reformen fanden woanders statt. Im Tessin beispielsweise, wo die „Scuola Media“, die Mittelschule, in den Klassen 6 bis 9 alle Schüler gemeinsam führt. Mit dem Votum für eine Orientierungsschule, das die meisten dem Basler-Volk schon kaum mehr zugetraut hatten, kann nun eine äußere Reform greifen, die weiter geht, als die in den meisten Städten und Ländern Europas.

Doch nicht nur das äußere Korsett paßte nicht mehr. Auch das Innenleben vieler Schulen rief nach Reformen. Dort hatte Elmar Osswald, Vorsteher des „Instituts für Unterrichtsfragen und Lehrerfortbildung“ (ULEF) „ein Gespenst“ ausgemacht, das Gespenst namens „Teilnahmslosigkeit“, das sich immer dort melde, wo Selbstverantwortung durch strukturelle Maßnahmen unterdrückt werde, wo sich das Methodenrepertoire der Lehrer auf frontale Belehrung reduziert. „Wo Beliebigkeit herrscht, fühlt sich das Gespenst am wohlsten.“ Es drohe, Lehrer

und Schulleitungen aufzufressen, Arbeitsfreude und Arbeitseffizienz zu zerstören und viele in Routine, Resignation und die innere Emigration zu führen.

Um dieses Gespenst zu bekämpfen, hat die ULEF - schon früher und unabhängig vom beschlossenen Strukturwandel - mit einer inneren Reform begonnen, die ihresgleichen sucht. Mit großem Elan arbeitet das Institut unter seinem agilen Leiter und Motor Elmar Osswald an einem „Stilwandel“ in den Schulen. Jedes einzelne Schulhaus soll zur Keimzelle der Reform werden. Die neue Schule soll, das mag sich für manche Eltern wie eine Ungeheuerlichkeit lesen, erst einmal den Lehrern Spaß machen und ihre Arbeitszufriedenheit erhöhen. „Ohne diese scheinbar egoistische Zielorientierung ist nicht genügend Energie freizumachen“, meint Elmar Osswald. Es gelte Abschied zu nehmen vom Lehreredel der Reformpädagogik und damit vom „Matterhorn-Syndrom“: Überforderte Super-Pädagogen auf dem Gipfel und unterforderte Normallehrer und -lehrerinnen am Fuße des Berges. Das neue Motto lautet: „Gemeinsam statt einsam.“

Darauf sind die wenigsten Pädagogen vorbereitet. Deshalb soll jeder Lehrer Basels eine Ausbildung in moderner Menschenführung durchlaufen, die insgesamt 10 Wochen dauert und zumeist in Wochenkursen absolviert wird. Ein knappes Drittel davon gilt Themen wie Kommunikation und Menschenkenntnis, Organisationsentwicklung und Projektunterricht. Dazu kommen: Wahrnehmung, Umgang mit Streß, Krisen in den Gruppen. Das „Arbeitsplatzbezogene Pädagogische Trainingsprogramm“ (ATP) hat bewußt auf fachwissenschaftliche Fortbildung verzichtet. Auf diesem Gebiet hält man die Lehrer im großen und ganzen für kompetent.

Nachholbedarf bestehe aber in den modernen Organisationswissenschaften wie vor allem in der Kommunikationspsychologie, die sich nach dem Konzept der ULEF an den bekannten „Psycho-Schulen“ von Ruth Cohn oder der des Kommunikationswissenschaftlers Fritz Schulz in Thun orientieren. Sie werden, wie in der freien Wirtschaft üblich (an deren Schulungsmethoden man sich in Basel, der Stadt des Handelskapitals, nicht von ungefähr orientiert), von eigens angeheuereten, gut bezahlten und entsprechend qualifizierten Kursleiterinnen und -leitern durchgeführt, die die Gruppen als Externe leiten. Die Fortbildung erstreckt sich über drei bis vier Jahre und liegt zur Hälfte in den Ferien. Fünfzig Prozent der Kosten müssen die Lehrer selbst bezahlen. Einen Teil bekommen sie rückerstattet, wenn sie alle Kurse durchlaufen haben. „Die Ausbildung dient ja nicht nur der Schule. Sie ist ein Gesundbrunnen für die einzelne Lehrkraft“, findet Elmar Osswald, der bisherige Erfahrungen bereits in einem Buch mit dem programmatischen Titel: „Gemeinsam statt einsam“ (Verlag Brunner-AG, CH 6010 Kriens) publiziert hat. 10 Jahre wird das aufwendige Programm laufen.

Das Besondere ist, daß diese, salopp gesprochen, „Psycho-Fortbildung“ in Kollegiumsgruppen aus einer Schule erfolgt und ausdrücklich nur dann für sinnvoll gehalten wird, wenn sich die Schulleitung daran beteiligt. Nichts präge eine Schulkultur so sehr wie die Schulleitung, lautet die Grundüberzeugung. Anfangs

waren die Hemmungen beträchtlich. Zusammen mit den eigenen Kollegen über persönliche Befindlichkeiten sprechen - das macht Angst. Viele fürchteten die Intimität der Situation. Andere meinten: „Gefühlsarbeit in den Kursen“ sei eine gefährliche Sache, weil die Betroffenen damit am Arbeitsplatz kaum umgehen könnten. Oder: Es werde unnötige Zwietracht in die Kollegien getragen. Man sehe sich doch die unfruchtbaren Lehrerkonferenzen an.

Mittlerweile sind bereits 200 Lehrer, zehn Prozent der Basler Lehrerschaft also, involviert und die Rückmeldungen sind ermutigend positiv. Die Ausbildung „gehört zu den schönsten Erfahrungen meines Rektorendaseins“, sagt Hans Gygli, der kurz vor der Pensionierung stehende Rektor des Gymnasiums Bäumlihof. Schon fühlen sich diejenigen, die die Kurse noch nicht absolviert haben, im Nachteil: „Ich spüre jetzt, daß bei Kollegen vermehrt Ängste auftreten, von einer Minderheit manipuliert und als 'Unwissende und Nichteingeweihte' betrachtet zu werden, so quasi als Lehrer zweiter Klasse gestempelt zu werden“, vermerkt der Basler Realschullehrer Andreas Manasse.

Diese Gruppen, die in der Fortbildung stehen oder sie bereits absolviert haben, erweisen sich schon jetzt, so Elmar Osswald, als „Hefeteig“ an den Schulen. Der Lehrer, der alles weiß und nach den Vorgaben seines Vorgesetzten alles bestimmt und regelt, ist ein aussterbendes Fossil. An die Stelle dieses „Oberlehrers“ tritt der „kollegiale Stil“, der „Teamgedanke“, dem die „partielle Autonomie der Schulhäuser“ genügend Raum zur eigenen Entfaltung bietet. Dort regieren die „drei R's“, die der Laborschule Hartmut von Hentigs entnommen sind: „Reviere bilden, sich Regeln machen, bestimmte Rituale einhalten.“

Es ist ein keineswegs geplanter Glücksumstand, daß äußere Schulreform und innerer Stilwandel zeitlich zusammenfallen und sich somit gegenseitig beflügeln können. Daß sich die Reformkräfte mit derart weitgehenden Konzepten durchsetzen konnten, hängt auch mit einem Ereignis zusammen, das in Basel immer noch traumatisch wirkt: Am 1. November 1986 brannten die im Freien lagernden Chemiebestände des Chemie Giganten Sandoz lichterloh, vergifteten den Rhein verheerend und ließen die Einwohner in einer giftigen Wolke zurück. Nur mit Glück entging die alte ehrwürdige Stadt Basel einer Katastrophe. Das hat den Anstoß gegeben. Wir können nicht mehr weiterleben wie bisher. Dieses neue Denken bezog auch die Schule mit ein.

Damit sind allerdings die Widerstände nicht aus der Welt. Dazu gehört auch die auf den ersten Blick widersprüchliche Erfahrung: Einerseits klagen die Lehrer über ihre Schule, sind viele so unzufrieden, daß sie ihr Heil in der Flucht vor der Schule suchen oder ein „Burn Out“ (Ausgebranntsein) beklagen. Andererseits aber macht sie die Angst vor einem Neuanfang, davor, sich in Frage stellen zu lassen oder womöglich in ein anderes Schulhaus versetzt zu werden, unfähig zur Veränderung. Wer soll in die neu aufzubauenden Orientierungsschulen? Wer muß das Gymnasium verlassen, das nunmehr die Klassen acht bis zwölf umfassen wird? Die gut dotierte Besitzstandswahrung kann in solch einer Situation

schnell zur einzigen und letzten Perspektive werden. Von den 2000 Basler Lehrern seien „zwanzig Prozent sehr für die Reform, zwanzig Prozent sehr dagegen und 60 Prozent unentschieden“, sagt Elmar Osswald. Letztere gelte es zu überzeugen. Entschiedene Gegner aber müßten sich womöglich gar nach einem neuen Arbeitsplatz umsehen.

Die innere Reform, begonnen während eines „Langschuljahres“, läuft bereits seit 1988, die äußere kommt jetzt auf Touren. Die Zeit drängt, zumal die inhaltlichen und organisatorischen Umstellungen immens sind. Mit den Plänen für die organisatorische Umstellung hat man eine Unternehmensberatungsfirma betraut, die die einzelnen Schritte der Projektorganisation minutiös festgelegt hat. Mitte letzten Jahres wurden die Rahmenrichtlinien für die Orientierungsschule und die Weiterbildungsschule vorgelegt, ab August 1992 müssen sich Lehrer und Lehrerinnen das fachliche Rüstzeug für die neuen Schulen zulegen. Im August 1994 werden dann die ersten Fünftkläßler Orientierungsschulen besuchen.

Noch hat man nichts davon gehört, daß Basler Architekten und Handwerker die von ihnen über alles geliebte Heimat-Stadt verlassen haben, weil die Schulreform greift. Vielleicht harren sie noch aus mit dem letzten Fünkchen Hoffnung, daß die dreijährige Orientierungsschule in letzter Sekunde doch noch abgewendet werden kann. Damit Basels fleißige Kinder nicht bis zur achten Klasse neben unterentwickelten „Zugereisten“ sitzen müssen, sind die Reformgegner nunmehr für die Verlängerung der Primarschule als kleineres Übel. Eine diesbezügliche Urabstimmung steht in diesem Jahr noch ins Haus, doch es scheint schon zu spät, die kleine Schulrevolution von Basel noch zu stoppen: die innere Reform läuft ohnedies.

Ernst Rösner

Sieben Feststellungen und sieben Vorschläge

Feststellungen:

1. Das dreigliedrige Schulsystem ist als System praktisch dort, wo es theoretisch schon immer war: am Ende.
2. Mit der Einführung der Gesamtschule als ersetzender Schulform ist in einem überschaubaren Zeitraum nicht zu rechnen. Das gilt für alle 16 Bundesländer.
3. Eine Chance zur Errichtung neuer Gesamtschulen besteht nur unter zwei Bedingungen: In Großstädten, wo hinreichend viele Eltern zusätzliche Gesamtschulen wünschen, und in kleinen Gemeinden, wo ohne Gesamtschule das weiterführende Schulwesen komplett entfällt. Erfreulicherweise sind beide Bedingungen recht weit verbreitet.
4. Wer glaubt, mit zwei verbleibenden Schulformen (Gymnasium und Gesamtschule) ein pragmatisches Modell der Weiterentwicklung des Schulwesens gefunden zu haben, muß sich die Prüfung eines solchen Modells an entsprechenden Maßstäben gefallenlassen. Ich behaupte und glaube beweisen zu können: Derzeit ist nichts so unpragmatisch wie ein Standardmodell.
5. Neue Schulformen sind überflüssig. Mit den vorhandenen - allein oder in kombinierter Form - sind vielfältige Strukturprobleme lösbar. Allerdings stehen starre Strukturvorgaben einer noch weitergehenden Problemlösungskapazität im Wege. Stichworte: Zwang zur Langformschule und zur Vierzügigkeit als IGS-Mindestgröße.
6. Die Ersetzung von Schulformen wird schnell gefordert, obwohl sie schwer zu realisieren ist. Dagegen wird die Veränderung von Schulformen nicht so schnell gefordert, obwohl es weder ein Naturgesetz noch einen empirischen Beleg dafür gibt, wie Schulformen beschaffen sein müssen.
7. Schulform und Gesamtschule sind keine Synonyme.

Vorschläge:

1. Wenn ich mich zu dem großen Wort versteige, daß die Schulreform vom Kopf auf die Füße zu stellen sei, so meine ich damit nichts anderes, als die Chancen zur Schulreform zunächst an den real existierenden Problemen zu messen.
2. Es gibt keinen vernünftigen Grund, vom Zielmodell der integrierten Gesamtschule als Schule für alle Kinder abzuweichen. Damit ist natürlich keine Position gemeint, wie sie ein ehemaliger Landesvorsitzender des Philologenverbandes vertrat: Die Gesamtschule ist die Schule der Zukunft - und das soll sie auch bleiben. ... Nein, es geht vielmehr darum, die Frage nach der Erreichbarkeit dieses Ziels in unterschiedlichen regionalen Zusammenhängen konzeptionell unterschiedlich zu beantworten.

3. Wir können die schwierige Finanzsituation der öffentlichen Hände nicht ignorieren. Insbesondere können wir von den Schulträgern keine Wunder verlangen. Aber wenn es stimmt, daß in jeder Krise auch eine Chance steckt, dann wäre zu überlegen, ob diese Situation nicht auch Reformen begünstigen kann. Ich denke z.B. an schulrechtliche Einheiten aus mehreren Schulformen, wenn eigenständige Schulformen wirtschaftlich beim besten Willen nicht mehr vertretbar sind. Ich kann mir auch vorstellen, daß leerstehende Hauptschulgebäude schulisch weiterhin nutzbar sind, wenn das Stufenprinzip stärker ausgeprägt würde oder der Gedanke der Stadtteilschule vermehrt aufgegriffen würde. Es fehlt nicht an Ideen.
4. In den dünnbesiedelten Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen hat allem Anschein nach die Gesamtschule von ihrer Expansionsfähigkeit und Qualität besondere Chancen hat - ausgerechnet dort also, wo ihre Namensnennung noch vor wenigen Jahren beinahe als obszön galt. Wer diesen erfreulichen Trend begünstigen will, sollte der Gesamtschule im ländlichen Raum bessere Gründungsbedingungen zubilligen. Das bedeutet zweierlei im Zusammenhang: Erstens Befreiung von der Verpflichtung, im Regelfall eine gymnasiale Oberstufe etablieren zu müssen, zweitens die Senkung der Mindestzügigkeit auf drei. Statt dessen: Verpflichtung, an einem von zwei benachbarten Standorten eine Gesamtschule-Oberstufe anzubieten. Der Gesetzgeber sollte sich vergegenwärtigen, daß in einer Gemeinde, wo mit der Hauptschule die einzige weiterführende Schule auszusterben droht, auch eine dreizügige Gesamtschule der Sekundarstufe I eine unerhörte Verbesserung der Versorgungssituation darstellt.
5. Die Probleme der Schulentwicklung in den Ballungsgebieten sind bekannt. Was die Gesamtschule betrifft, so handelt es sich nach meiner Überzeugung nicht um Probleme der Gesamtschule, sonder um Folgeprobleme der politischen Entscheidung. Gesamtschulen konzeptwidrig neben traditionellen Schulen zu plazieren. Dies zu beklagen ist allerdings ebenso berechtigt wie wirkungslos. Selbstverständlich habe ich auch keinen Ausweg anzubieten. Ich will nur ein paar Stichworte nennen, die möglicherweise zu einem Konzept weiterentwickelt werden können:
 - Sekundar-I-System - aber nur dann, wenn dies für Gymnasium und Gesamtschulen innerhalb einer Stadt in gleicher Weise gilt. Auf diesem Weg sind mehr wohnungsnah kleine Gesamtschulen zu errichten.
 - Möglichkeit zur Errichtung von Oberstufenzentren.
 - Senkung der Mindestzügigkeit auf drei parallele Klassen.
 - Lokale Entflechtung der Systeme: Auf der Ebene der Stadtbezirke keine unmittelbare Konkurrenz von Gesamtschulen und Gymnasien, sondern bedarfsgerechte Arrondierung der Angebote möglichst durch Schulen des vorhandenen Systems.

- Bildung schulrechtlicher Einheiten (wozu im Einzelfall auch die verbundene Haupt- und Realschule zählen kann).
 - Schulstufenübergreifende Kooperation (z.B. auch Lehreraustausch): Grundschule - Sekundarschulen, Sekundar-I-Schulen (derzeit Hauptschulen und Realschulen) mit Sekundar-II-Systemen (allgemeinbildend und/oder berufsbildend).
 - Ungleichbehandlung der Schulen: Ich meine, es ist an der Zeit, dem Grundsatz zu folgen, daß die höchst unterschiedlichen Arbeitsbedingungen der Schulen auch unterschiedliche Förderung legitimieren. Wir müssen darüber nachdenken, wie Schulen in ihrer personellen Ausstattung aufgabengerecht versorgt werden können. Das gilt prinzipiell für alle Schulformen, aber wer die Aufgaben der Gesamtschule kennt, dürfte in der Realisierung eines solchen Grundsatzes keine Nachteile für die Gesamtschule sehen.
6. In der Auseinandersetzung über den Sinn und Unsinn von Schulformen wird vielfach übersehen, daß es eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, die Schulformen gleichsam „im Inneren“ zusammenzuführen. Wer nicht unbedingt vom Firmenschild auf den Inhalt schließt, findet ein großes, vergleichsweise wenig bearbeitetes reformpolitisches Betätigungsfeld. Ich nenne als Stichworte:
- Stundentafeln
 - Curricula
 - Lehrereinsatz (was nicht ohne besoldungsrechtliche Konsequenzen bleiben dürfte...)
 - Räumliche Nachbarschaft von Schulformen
 - Schulformübergreifende Arbeitsgemeinschaften
 - Fachweise Teilnahme am Unterricht einer anderen Schulform
 - Schulformübergreifender Fachunterricht
 - Schulformübergreifende Projekte
 - Einheitliche Eingangsstufe 5/6 an allen Schulformen

Alles das ist seit vielen Jahren in anderen schulische Praxis in einer großen Zahl von hessischen Verbundsystemen.

7. Die Tatsache, daß es eine Anzahl von Schulen gibt, die den Weg von der Kooperation zur Integration gegangen sind, sollte nicht als falsche Maßgabe mißverstanden werden: Alles, was die Schulen an Formen der Zusammenarbeit praktizieren, ist sinnvoll, wenn es den Schülerinnen und Schülern nützt und den Lehrerinnen und Lehrern neue Erkenntnisse und Qualifikationen vermittelt. Es ist nicht deshalb sinnvoll, weil es Schritte auf dem Weg zur Integration sind. Aber daß durch intensive Kooperation der Unsinn der Dreigliedrigkeit sinnfällig erfahrbar wird, dürfte sich kaum zum Schaden der Gesamtschulen auswirken.

Bitte ausgefüllt an die Geschäftsstelle senden!

(Anschrift passt für Fensterumschlag DIN lang)



← Hier knicken!



**Landesverband NRW
Huckarder Str. 12**

44147 Dortmund